

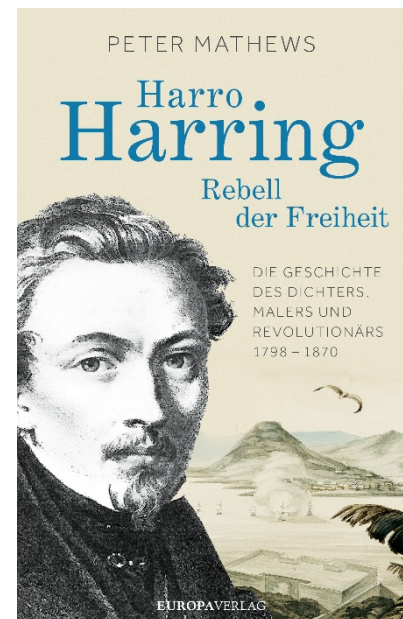


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Peter Mathews: Harro Harring – Rebell der Freiheit. Die Geschichte des Dichters, Malers und Revolutionärs 1798-1870.

Berlin: Europa Verlag, 2017, 448 S., 17 Abb., ISBN: 978-3-95890-067-7

„Nur finde ich es zweckmäßig, daß ich Dir zuvor reinen Wein einschenke, in Bezug auf die Tendenz meiner Zeitung, welche das Wort demokratisch, das heißt ‚die Sache des Volkes vertretend‘, allerdings schon umfasst. Unter ‚deutsches Volk‘ verstehe ich aber nicht etwa einzelne Classen, sondern alle Classen oder Stände des Volks, die Nation – die deutsche Nation als demokratische Einheit, ohne Herzogthum, Königthum, Kaiserthum, oder wie all' die Irrthümer genannt werden. [...] Ich erkenne eine Social-Umgestaltung durch Revolution für unbedingt nothwendig; mit Communismus, oder Güter-Gemeinschaft, habe ich nichts zu schaffen. Ich dringe auf das Recht und die Reform der Arbeit, auf verhältnismäßigen Ertrag aller Thätigkeit, der physischen wie der geistigen. [...] Ich betrachte das Recht und die Reform der Arbeit als Grundlage aller Fortschritte der inneren Entwicklung eines Volkes, und allgemeine Volks-Erziehung und Gesetzgebung als die nächsten Mittel zur Befestigung einer social-demokratischen Republik.“ (S. 366 f.)¹



Mit diesen Worten brachte der nordfriesische Dichter und Maler Harro Paul Kasimir Harring am 7. April 1849 sein politisches Credo zur Zeit der Revolution von 1848/49 in der Zeitung „Das Volk“ auf den Punkt, kurz nachdem er die Redaktion des Blattes in Rendsburg übernommen hatte. Dieser politische Lyriker des Vormärz, der als „Prototyp [des] operativen Literaten“ seine Gedichte „lebte“ (Peter Stein), sich als „Berufsrevolutionär“ verstand (Joachim Kermann) und als „Odysseus der Freiheit“ (Walter Grab) weltweit in verschiedenen nationalen, politisch-rechtlichen und sozialen Freiheits-, Unabhängigkeits- und Emanzipationsbewegungen engagierte,² führte ein äußerst bewegtes, rastloses Leben auf zwei Kontinenten, in mehreren Ländern Europas ebenso wie in Nord- und Südamerika. Zu seinen Lebzeiten, vor allem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, war Harring aufgrund seiner unzähligen literarischen Werke, vielfältigen revolutionären Aktivitäten und seines unablässigen Einsatzes für die Menschen-

¹ Siehe dazu Harro Harring: „Europa“. Politische Positionen (Sommer 1848). In: Das Volk, Nr. 2 (7.4.1849). In: Thomas Thode: Harro Harring. Eine kommentierte Bibliographie seiner Werke, Eutin 2005, S. 189-257, hier S. 232.

² Zu den Urteilen: Walter Grab: Harro Harring. Revolutionsdichter und Odysseus der Freiheit. In: Gert Mattenklott/Klaus R. Scherpe (Hrsg.): Demokratisch-revolutionäre Literatur in Deutschland: Vormärz, Kronberg/ Ts. 1974, S. 9-84; Joachim Kermann: „... und läßt die Freiheitslieder ins Land hinausfliegen ...“ – Harro Harring und sein Auftritt auf dem Hambacher Fest. In: Mitteilungen der Harro-Harring-Gesellschaft, H. 6-7 (1987/88), S. 13-51; Peter Stein: Operative Literatur. In: Gert Sautermeister/ Ulrich Schmid (Hrsg.): Zwischen Restauration und Revolution 1815-1848. Hansers Sozialgeschichte der deutschen Literatur vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Bd. 5, München/ Wien 1998, S. 485-504, hier S. 497.

und Bürgerrechte, für Freiheit, Demokratie und Republik und gegen jegliche Form der Unterdrückung und Despotie berühmt und berüchtigt: Er wurde als überzeugter Freiheitskämpfer und wortgewaltiger Volksschriftsteller verehrt und war gefürchtet, seine Ideen und Texte waren weit verbreitet und wurden von seinen Anhängern geradezu hymnisch gefeiert, während er gleichzeitig von seinen ideologischen Gegnern scharf kritisiert und diffamiert und von den staatlichen Behörden konsequent verfolgt und aus der Öffentlichkeit gedrängt wurde. Wie viele andere Theoretiker, Publizisten und Politiker der demokratisch-republikanischen Oppositionsbewegung der Vormärz- und Revolutionsära in Deutschland, aber auch als Vertreter einer neuen engagierten Literatur, die in ihren Gedichten und Schriften den demokratischen Nationalstaat forderten, Parteienkampf und Revolution rechtfertigten und soziale Missstände benannten, fiel Harring nach seinem Tod der Vergessenheit anheim und wurde erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von der Geschichts- und Literaturwissenschaft wiederentdeckt und eingehender behandelt, so etwa in einzelnen biographischen Studien oder in den zwischen 1982 und 2007 erschienenen „Mitteilungen der Harro-Harring-Gesellschaft“.³ Dennoch ist der Name des radikaldemokratischen Schriftstellers und Aktivisten auch heutzutage nur wenigen Experten bekannt, und es fehlt nach wie vor eine umfassende Auseinandersetzung mit seinen globalen Lebensstationen, künstlerischen Schaffensphasen und seinem dichterisch-erzählerischen Gesamtwerk wie auch mit seinen europa- und deutschlandpolitischen Zielen und seinen verfassungsrechtlichen und sozioökonomischen Vorstellungen.

In diese Lücke stößt nun eine neue literarische Biographie über den „Rebell der Freiheit“ Harro Harring des Verlagslektoren und freien Autors Peter Mathews von 2017, in der jener, wie sein Protagonist aus Norddeutschland, genauer aus Bremerhaven stammend, nach fast zwanzig Jahren intensiver Beschäftigung eine äußerst kenntnisreiche, breit recherchierte und flüssig geschriebene Darstellung der „Geschichte des Dichters, Malers und Revolutionärs“ vorlegt. Dabei geht es dem Verfasser vor allem darum, in der mit romanhaften Versatzstücken arbeitenden historischen Lebensbeschreibung erstmals überhaupt ein weitgehend vollständiges Bild vom Leben und Werk des „tragische[n] Held[en] der politischen Romantik“, des „Dichter[s] Unbekannt‘ des 19. Jahrhunderts“ und einem „der maßgeblichen Rebellen des Vormärz“ zu entwerfen. Schließlich gelte es, Harring, der nur „schwer zu fassen“ sei und den „ein unbändiger Freiheitswille, eine manische Kreativität“ ausgezeichnet habe, als „Wegweiser in eine neue Zeit“, als „Weltbürger“ und einen „der ersten modernen Europäer“ ganz „neu zu entdecken“ und seine Bedeutung sowohl für die Geschichte des Vor- und Nachmärz als auch für die modernen Gleichstellungsbestrebungen und die bürgerliche Demokratieentwicklung in Deutschland und Europa angemessen zu würdigen (S. 13, 15, 20, 425 u. Buchumschlag). Denn Harring kämpfte für ein vereintes Europa, für eine politische Agenda „von nationaler Einheit, staatlicher Souveränität, demokratischer Legitimation“, für Presse-, Versammlungs- und Bewegungsfreiheit, aber auch „für Frauenrechte, trat gegen die Sklaverei in Südamerika ein und wollte Freiheit für sein Friesland“ (S. 18 u. 425). Und obwohl seit 1831 alle seine Schriften im Deutschen Bund verboten waren, er selbst von russischen, österreichischen, preußischen und badischen Agenten ständig beobachtet, unter der restaurativ-repressiven Herrschaft des Metternichschen Systems in den deutschen Staaten, aber auch in anderen autoritär regierten Ländern aus politischen Gründen unterdrückt, über zwanzig Mal verhaftet, eingesperrt, ausgewiesen und ins Exil getrieben wurde, setzten sich am Ende „seine Ideen von einem freien Europa ohne Grenzen,

³ Das Archiv der Harro-Harring-Gesellschaft, die ihre Arbeit 2015 eingestellt hat, wurde dem Nordfriisk Instituut in Bredstedt/ Nordfriesland übergeben, wo Einzelhefte der „Mitteilungen“ erworben werden können; ein Download der Hefte als pdf-Datei ist auch unter <http://www.harro-harring.de> möglich (Zugriff am 22.06.2020). Zur weiteren Literatur vgl. u.a.: Hans-Ulrich Hamer: Die Schleswig-Holsteinische Erhebung im Leben von Harro Harring, Heide 1998; Helmut Reinalter: Harring, Harro Paul. In: Ders. (Hrsg.): Biographisches Lexikon zur Geschichte der demokratischen und liberalen Bewegungen in Mitteleuropa. Bd. 2/ Teil 1, Frankfurt/ M. u.a. 2005, S. 131 f.; Frank Hethy: „Homers Volk – ist Homers Schande geworden.“ Harro Harring – ein unbequemer Philhellene. In: Anne-Rose Meyer (Hrsg.): Vormärz und Philhellenismus (Jahrbuch Forum Vormärz Forschung 2012, Bd. 18), Bielefeld 2013, S. 323-339.

einer Welt ohne Sklaverei, der Gleichheit von Mann und Frau“ durch und wurden „unsere Werte“ (S. 20).

Doch welche Erlebnisse und Erfahrungen konnten aus einem romantischen Dichter, der „voller Pathos Rosen und Möwen besang“, im Laufe der Jahre einen politischen Agitator machen, der sich zwar „Freiheit und Fürstentum auf die Fahnen schrieb“ und an allen wichtigen revolutionären Schauplätzen auftauchte, aber dessen „Waffe“ in erster Linie „die Worte [waren]“ (S. 17)? Dieser Frage geht der Autor in 17 Kapiteln seines kritisch-wohlwollenden und zugleich fesselnden biographischen Porträts nach, in dem er, gestützt auf Dokumente und Korrespondenzen aus Harrings Nachlass in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek in Kiel, der Staatsbibliothek Hamburg und der Library in St. Hélier auf Jersey, ferner einer Auswahl der zwischen 1821 und 1870 erschienenen, u.a. von der Ferring-Stiftung in Alkersum auf Föhr aufbewahrten Werke sowie auf personenspezifische Beiträge und allgemeine Fachliteratur, systematisch den Lebensweg des Getriebenen verfolgt und chronologisch nachzeichnet. Zugleich zeigt er die Mannigfaltigkeit des Œuvres des Lyrikers, Romanciers, Theaterdichters, Berichterstatters und Oratoren auf, das neben unveröffentlichten Manuskripten über 100 gedruckte Bücher und Studien umfasst und von Gedichten, Liedern, Reden, Berichten, Zeitungsartikeln, autobiographischen Schriften bis zu mehrere hundert Seiten starken Romanen reicht.⁴ Überdies gelingt es ihm, die zerrissene Persönlichkeit des Künstlers, Schriftstellers und Intellektuellen Haring zu erfassen, diese anschaulich zu schildern und im Zeitgeist des 19. Jahrhunderts, zwischen Restauration, Revolution und Reichsgründung, einzuordnen.

Geboren am 28. August 1798 als Sohn des Deichgrafen auf dem Ibenschhof in Wobbenbüll bei Husum im Herzogtum Schleswig, das damals zum Königreich Dänemark gehörte, und zunächst ausgebildet beim Zolldienst, studierte Haring ab 1817 Malerei in Kopenhagen und Dresden, wo er einer burschenschaftlichen Verbindung angehörte und infolge der Karlsbader Beschlüsse von 1819 von der Demagogenverfolgung betroffen war. Er schloss sich 1821/22 der philhellenischen Bewegung an, beteiligte sich am griechischen Freiheitskampf gegen das Osmanische Reich und hielt sich anschließend von 1822 bis 1827 in Rom, der Schweiz, Wien, Prag und München auf, wo er mit Heinrich Heine zusammenarbeitete und mit seinen dramatischen Dichtungen am Theater das Publikum begeisterte. Er ging dann 1828 nach Warschau, diente dort in einem russischen Regiment, kehrte nach Ausbruch der französischen Julirevolution 1830 und dem Beginn des polnischen Aufstands gegen das autokratische Zarenreich, bei dem er Partei für Polen ergriff, nach Deutschland zurück und veröffentlichte 1831 seine „Mémoires über Polen unter russischer Herrschaft“, die zum Bestseller wurden, noch im selben Jahr in einer englischen, französischen und schwedischen Ausgabe, u.a. in Boston, erschienen und in der deutschen Bevölkerung eine große Polenbegeisterung auslösten; im Deutschen Bund jedoch schnell verboten wurden. Damit war Haring als Dichter über die deutschen Grenzen hinaus bekannt, und seine Werke lagen zum Teil schon in zweiter Auflage vor. Trotzdem wurde er wegen revolutionärer Umtriebe aus Bayern und Sachsen ausgewiesen, ging daraufhin nach Straßburg und wurde Redakteur des Blattes „Das constitutionelle Deutschland“. 1832 nahm er zum Schutz vor polizeilicher Verfolgung unter einem angenommenen Namen am Hambacher Fest teil, wurde allerdings von etlichen der liberal und demokratisch gesinnten Festgäste wiedererkannt, die ihm Bewunderung und Anerkennung entgegenbrachten und seine Lieder während der Massendemonstration sangen. Nicht zuletzt lernte er auf der Veranstaltung Ludwig Börne kennen, mit dem er fortan bis zu dessen Tod 1837 in einem steten Austausch stand.

Um der drohenden Verhaftung als Festteilnehmer zu entgehen, floh Haring nach Frankreich, wo für ihn wie für viele politische Flüchtlinge sein vormärzliches Exil begann. Zwar wollte er 1833 noch am Frankfurter Wachensturm teilnehmen, dieser Aufstandsversuch scheiterte je-

⁴ Zu Harrings Schriften vgl. erneut Thode: Kommentierte Bibliographie seiner Werke (wie Anm. 1).

doch genauso wie 1834 der Savoyezug, dem sich der friesische Demokrat ebenfalls angeschlossen hatte. Zusammen mit dem italienischen Rechtsanwalt und späteren Nationalhelden Giuseppe Mazzini, mit dem ihn eine lebenslange Freundschaft verband und der Harring einen „wahren Pilger der Freiheit“ nannte, gehörte er im April 1834 in Bern zum Gründungskreis des Geheimbundes „Junges Europa“, der sich in seiner Gründungsakte zu „Freiheit, Gleichheit, Humanität“, zur „Verbrüderung der Menschen [...] und Verbrüderung der Völker [...] im Interesse des gesamten Europas“ bekannte und in dem Harring laut Mazzini die Position des Vertreters des noch zu gründenden „Jungen Skandinavien“ einnehmen sollte (S. 262, 270 u. 272). Als der diplomatische Druck auf die eidgenössische Regierung zur Auslieferung des gesuchten Aktivisten immer stärker wurde, ging Harring nach England und lebte von 1834 bis 1839 im Exil in London, Paris, Zürich, Jersey, Helgoland und Bordeaux, ehe er sich im März 1840 nach Brasilien einschiffte, um einen Bericht über den Sklavenhandel in Rio de Janeiro zu verfassen. Vor der Revolution führte ihn sein Weg von 1844 bis 1848 noch in die Vereinigten Staaten von Amerika, wo er in New York im Auftrag des italienischen Revolutionärs Giuseppe Garibaldi Freiwillige für weitere Aufstände gewinnen sollte, sich dort aber dem Literaturbetrieb zuwandte, an verschiedenen Manuskripten und einer Werkausgabe arbeitete, 1845 die amerikanische Staatsbürgerschaft erhielt und Bekanntschaft mit verschiedenen US-Literaten, Bürgerrechtlern, Diplomaten und Unternehmern schloss, wie etwa mit Samuel Gridley Howe, Alexander H. Everett – der die erste biographische Skizze über ihn 1844 in der Zeitschrift „Democratic Review“ veröffentlichte –, Edgar Allen Poe und Sarah Margaret Fuller.

Dass dieses ereignis- und ertragreiche, aufreibende wie aufregende Leben auch während der Revolution von 1848/49 und gerade zur Zeit des preußisch-dänischen Krieges um seine ehemalige Heimat Schleswig-Holstein, aber auch nach der Niederschlagung des revolutionären Geschehens eine entsprechende Fortsetzung finden und in das ihm bereits bekannte, ruhelose, mit zunehmendem Alter aber auch immer anstrengender werdende Exilleben münden würde, das ihn 1849 nach Christiania in Norwegen und zwischen 1850 und 1857 wiederum nach London, New York und Rio de Janeiro führen sollte, scheint beinahe schon die logische Konsequenz seiner bisherigen Lebensführung zu sein. Die letzten 13 Jahre seines Exils verbrachte Harring dann in St. Hélier auf der Kanalinsel Jersey, ehe er, ohne nach Deutschland noch einmal zurückgekehrt zu sein, vollkommen verarmt und zum Teil schon vergessen, am 15. Mai 1870 durch Selbstmord aus dem Leben schied, wohl infolge einer fortschreitenden Geistesverwirrung.

Selbst wenn die Lebensbeschreibung von Peter Mathews keine wissenschaftliche Monographie darstellt, er diesen Anspruch jedoch auch an keiner Stelle des Buches erhebt, so bietet diese ausführliche, sich an ein breites Publikum wendende Gesamtdarstellung doch jedem Freund von Biographien – sei er nun Fachhistoriker, Literaturenthusiast oder auch interessierter Erstleser – einen hervorragenden Einstieg in die Lebensgeschichte dieses außergewöhnlichen, enorm produktiven, mehrsprachigen und doch heimatlosen Dichters und Freiheitskämpfers Harro Harring, der Friesen, Däne, Skandinavier, Deutscher, Europäer, US-Bürger und Kosmopolit in einer Person war. Sein Leben und Werk, Denken und Handeln sollten in der Tat, und da kann man dem Autor nur beipflichten, unbedingt wiederentdeckt werden, stehen sie doch stellvertretend für zentrale Entwicklungslinien in der Geschichte des Vor- und Nachmärz, aber auch für die historischen Bedingungen bei der Durchsetzung der bürgerlichen Demokratie in Deutschland und Europa und der Vereinigung der europäischen Staaten in Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Auch hierzu erfahren die Leser in Mathews Buch eine ganze Menge, die Lektüre lohnt sich also in jedem Fall.

Dortmund/Bochum

Birgit Bublies-Godau





Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Norbert Campagna: Der klassische Liberalismus und die Gretchenfrage. Zum Verhältnis von Freiheit, Staat und Religion im klassischen politischen Liberalismus.

Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2018, 454 S., ISBN: 978-3-515-12006-7

Ob heute, da das Verhältnis von Liberalismus und Religion zumindest in Europa in der Praxis entspannter zu sein scheint als noch im 19. Jahrhundert, dieses Verhältnis noch die zentrale „Gretchenfrage“ ist, mag dahingestellt sein. Sicher ist, dass aber die Auseinandersetzung des Liberalismus mit der Religion ihn tief geprägt hat und mit- hin in geradezu definierender Weise zu seiner historischen Existenz gehört.

Norbert Campagna, ein Luxemburger Philosoph, hat sich in seinem Buch dem Thema ausführlich, wenn nicht gar ausufernd angenommen. Selbst wer nicht mit allen The- sen des Autors übereinstimmt, wird das Buch als überbor- dende Fundgrube für originelle Gedanken zu schätzen wissen.

Ausgangspunkt ist für Campagna der „klassische Libera- lismus“ – ein Begriff, der allerdings mittlerweile keines- wegs mehr unbedingt eine klare Einordnung erlaubt. Für ihn ist der „klassische“ Liberalismus einer, der in einer „religiösen Konzeption der Transzendenz die beste Begründung der Freiheit sieht“

(S. 37). Diese Idee verfolgt er durch das Werk unterschiedlicher Denker aus der angelsächsi- schen (Burke) und deutlich mehr noch der französischen Tradition (Montesquieu, Constant, Tocqueville und Say, als einer der wenigen ausführlich zitierten Ökonomen). Das Grundargu- ment für die Fokussierung auf diese Art des „klassischen“ Liberalismus leitet Campagna aus dem Diktum ab, dass eine säkulare individualistische Position sich immer nur auf die eigene Freiheit beziehe. Zu einer gesellschaftlichen Freiheitsordnung (ohne die persönliche Freiheit nicht Bestand hat) brauche man aber eine transzendente „Pflicht zur Freiheit“ (S. 36). Hier hät- te man in der Tat die in den verschiedenen Denkschulen – darunter auch die von ihm ungelieb- te ökonomische! – hervorgebrachten nicht-theologischen/nicht-transzendenten Ableitungen der liberalen Ordnungstheorie tiefer ausdiskutieren können, denn so apodiktisch kann die Be- hauptung sonst nicht im Raume stehen. Das Thema vertieft er aber hauptsächlich nur in Aus- einandersetzung mit Rawls's Theorie der Gerechtigkeit, die von einer aus dem Egoismus ent- stehenden, aber Eigendynamik gewinnenden Motivation zur moralischen Anerkennung des Freiheitsprinzips ausgeht (S. 44).

Ein Problem ist daher, dass Campagnas Auffassung von dem, was Liberalismus sei, schon durch seinen Ausgangspunkt ein wenig verengt ist. Über die ökonomische Seite, die er wohl bewusst ausgeklammert hat (S. 439), fällt ihm nur ein, dass sie eine Gefahr (Materialismus)



sei, vor allem auch, weil sie am Ende den Wohlstand der Menschen nicht garantiere. Ökonomie ist für ihn die Bedrohung von Würde in jeder Hinsicht – ein Diktum, das als eine Spitze gegen den marktwirtschaftlichen Liberalismus gewertet werden kann und angesichts des Scheiterns aller Gegenentwürfe zumindest des Anscheins einer eingehenderen theoretischen und empirischen Begründung bedurft hätte.

Die Stärke des Buchs ist jedoch sowieso die Auseinandersetzung der „klassischen“ Liberalen mit dem Spannungsfeld Freiheit, Egoismus und Religion. Dieser eher „exegetische“ Teil ist originell und tiefeschürfend. Etwa seine Auslassungen über die Befürchtungen Tocquevilles, dass Demokratie generell den Materialismus befördere, der aber wiederum der natürliche Feind der demokratischen Ordnung sei (S. 229).

Es finden auch wertvolle Diskussionen über die potentiellen Gefahren des religiös-transzendenten Begründungskontextes statt, derer sich Campagna (mit den von ihm behandelten Klassikern) durchaus bewusst ist. Besteht nicht die Gefahr, dass Religion am Ende politisch funktionalisiert und somit theoretisch auch zur Gefahr für Freiheit wird? Kann Religion (bzw. religiöser Eifer) auch zur Bedrohung für eine freiheitliche Ordnung werden?

Letztere Frage spielt im letzten Kapitel des Buches eine Rolle, in dem sich Campagna aus gegebenem Anlass mit dem „klassischen Liberalismus“ und dem Islam auseinandersetzt. Wie geht man damit um, wenn die Grundtexte einer Religion „für den Gläubigen verbindliche [...] Vorschriften enthalten, deren Befolgung ein liberaler Staat nicht dulden kann“? (S. 379). Campagna deutet eine nicht spannungsfreie, doch klar liberale Position an, dass ein Staat keinesfalls solche religiösen Regeln erlauben dürfe, dass er aber dabei diskriminierungsfrei vorgehen müsse. Sowohl Liberalismus und auch Islam (der seine aufklärerischen Potentiale entwickeln muss) müssten mehr dialogisch aufeinander zugehen.

Dem Thema des Buches entsprechend, vertieft der Autor das Thema aus geisteshistorischer Sicht. Das erlaubt einen Einblick in Aspekte der liberalen Theoriegeschichte, die sonst eher unbehandelt bleiben – etwas Montesquieus Kritik des schon auf der Identität von Religion und staatlicher Machtausübung basierenden Selbstverständnisses des Islam als „Religion des Schwertes“ (S. 389), das zwar durchaus Freiheitsräume der Menschen anerkennen kann, aber eben nur sehr geringe; oder Tocqueville, der in einer Zeit lebte, da Frankreich muslimische Länder kolonial zu unterwerfen begann (Algier), der den fatalistischen Schriftglauben des Islam für eine Gefahr für die Demokratie hielt (S. 415).

Alles in allem: Campagnas Buch wird jeder an liberaler Geistesgeschichte Interessierte gerne und mit Gewinn lesen. Ein wenig bedauerlich bei einem Buch dieses Umfangs und Material- und Ideenreichtums ist das Fehlen eines Namens- und Sachregisters.

Prag

Detmar Doering



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Jakob Friedrich Scherer: Das Verhältnis von Staat und Ökonomie. Walter Euckens Ordoliberalismus im Angesicht der Schwächung des nationalstaatlichen Regulierungsmonopols.

Duncker & Humblot: Berlin, 2018, 189 S., ISBN: 978-3-428-15411-1

Wer Walter Euckens posthum erschienenenes Meisterwerk „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ liest, ahnt bald, dass das dort formulierte Staatsverständnis möglicherweise nicht ganz zu Ende gedacht ist. Da Eucken den für eine funktionierende Wirtschaft notwendigen Staat selbst nicht nur ökonomisch, sondern überökonomisch betrachtet, trifft es sich gut, dass sich mit Jakob Friedrich Scherer nun jemand des Themas „Verhältnis von Staat und Ökonomie“ annimmt, der sowohl in der Ökonomie als auch in der Philosophie bewandert ist.

Der offenkundige Teil von Euckens Staatsbild speist sich aus der von ihm diagnostizierten „Interdependenz der Ordnungen“. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft müssen konzeptionell aus einem Guss sein, sonst ist Dysfunktionalität vorprogrammiert. Dabei ist der Ausgangspunkt durchaus wertorientiert. Wer eine auf individueller Autonomie basierende politische und gesellschaftliche Ordnung haben will, muss auch eine liberale, marktwirtschaftliche Ordnung bejahen. Und diese muss auch kohärent als Ordnung gesichert sein. Für Scherer leitet sich dieser Grundgedanke Euckens aus der thomistischen Gedankenwelt (Naturrecht) ab, was schon dadurch eine gewisse Plausibilität gewinnt, weil Eucken selbst den Begriff Liberalismus (auch den naturrechtlichen) als Beschreibung seiner Position zurückwies, obwohl seine Ideen aus der modernen Geschichte liberaler Theoriebildung nicht mehr wegzudenken sind.

Dadurch ergibt sich das Primat der Politik und der Autonomie des Staates. Ökonomisch mag das noch einfach klingen, wenn man akzeptiert, dass die Verkehrswirtschaft (Euckens Terminus für Marktwirtschaft) nur durch die Schaffung politischer Voraussetzungen (Machtbeschränkung, Wettbewerbsrecht, etc.) als solche existieren kann. Aber was für ein Staats- bzw. Politikverständnis setzt dieses Ordnungsmodell voraus? Es geht dabei nicht nur um die Frage, dass ein Staat seine grundsätzliche Ordnungsentscheidung treffen muss, wie Eucken – so Scherer – analog zu Carl Schmitt fordert. Es geht auch darum, wie er sie real umsetzt. Diese Fragestellungen über selbst richtige Ordnungsprinzipien (etwa Privateigentum) können sich in der dynamischen Struktur von Staat und Wirtschaft als schädlich erweisen (z.B. durch Kartellbildung). Der Staat muss also auch situative Entscheidungen treffen. Wenn er die Ordnung implementiert, bedeutet das für den Staat zugleich die „Implementierung immer auch eines bewussten und wiederholten Entscheidungswillens, der einer Norm etwas über sie hinausgehendes hinzufügt.“ (S. 98) Dies wiederum könnte immer dazu führen, dass Entscheidungen in eine der Ordnung widrige münden können. Es gäbe einen „inhärenten



Widerspruch im Staatsverständnis des Ordoliberalismus zwischen Naturrecht und Dezisionismus“ (S. 46).

Scherer sieht in dieser „Leerstelle“ bei Eucken nicht unbedingt einen Nachteil, ja er sieht darin sogar eine Erklärung, warum sich das ordolibérale Modell in Deutschland so erfolgreich durchsetzte. Man müsse sich die Frage stellen, ob eine „widerspruchsfreie Theorie eine gute Grundlage für das Design leistungsfähiger Institutionen“ bilden könne und „ob der Wunsch nach theoretischer Eindeutigkeit im politischen Leben [...] überhaupt wünschenswert und durchsetzbar ist.“ (S. 172 f.).

In den letzten Kapiteln des Buches widmet sich Scherer der Frage, inwieweit der Ordoliberalismus Antworten auf die moderne Globalisierung findet. Er ist – ganz dem Datum ihrer Entstehung entsprechend – ja auf einen Nationalstaat bezogen, der wirtschaftliche Prozesse zumindest theoretisch kohärent regulieren kann. Wirtschaftliche Globalisierung müsse demnach normativ immer mit staatlicher Ordnungsetzung verbunden werden, was derzeit nicht geschehe. Man kann fragen, ob diese Analyse stimmt, etwa beim Beispiel des Steuerwettbewerbs, der wohl gerade durch eine Etablierung zentralstaatlicher Macht eingeschränkt würde. Aber sie ist innerhalb des ordoliberalen Weltbilds zwingend. Scherer analysiert, dass zwei theoretische Möglichkeiten eines Auswegs aus dem Dilemma – die „einzelstaatliche Isolation“ (S. 161) und die „hegemoniale Expansion“ (S. 162) eines Staates – dem im Kern liberalen Ordnungsgedanken Euckens elementar widersprüchen. Inhärent logisch wäre eine „Weltrepublik“ im Sinne Kants (S. 168), aber die Integration der Staaten ist weder so weit abgeschlossen, noch scheint es eine gemeinsame Wertegrundlage im Sinne des Ordoliberalismus zu geben, als dass sich dies so einfach realisieren ließe. Scherer hofft, dass die real entstehende „globale Privatrechtsgesellschaft“ die Voraussetzungen für eine „legitime globale Staatlichkeit“ (S. 169) entstehen lässt. Man kann sich selbst noch die Frage stellen, ob ein dem politischen Wettbewerb entzogener Weltmonopolstaat am Ende nicht eine unentrinnbare Bedrohung von Freiheit werden könnte.

Der Autor ist sich bewusst, dass er hier mehr Fragen aufgreift als beantwortet. Sie sind möglicherweise auch nicht so einfach zu beantworten. Aber es gelingt Scherer so der Nachweis, dass der ordolibérale Ansatz Euckens immer noch einen fruchtbaren Boden für ein Nachdenken über die Zukunft einer freien Gesellschaft und Wirtschaft bildet. Schon deshalb sei das Buch empfohlen.

Prag

Detmar Doering



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Werner Plumpe: Das kalte Herz. Kapitalismus: Die Geschichte einer andauernden Revolution.

Berlin: Rowohlt, 2019, 800 S., ISBN: 978-3-87134-754-2

Der Kapitalismus hat zweifelsohne einen schlechten Ruf, der ihn seit seiner Entstehung vor etwa 400 Jahren eigentlich stets begleitet hat, am wenigstens noch kurz nach dem Zusammenbruch seines größten Konkurrenten, des Sozialismus sowjetischer Prägung. Diesem permanent lädierten Ansehen steht aber gegenüber, dass der Kapitalismus sich von einer kleinen Ecke Nordwest-Europas inzwischen weltweit ausgebreitet hat und eigentlich in unterschiedlichen Formen überall auf dem Globus anzutreffen ist. Dieser „Siegeszug“ hat etwas mit den Folgen zu tun, die das kapitalistische Wirtschaften bei denen bewirkt, die seinen Prinzipien unterliegen: Es hat eine ungeheure Wohlstandsvermehrung hervorgebracht, vor allem dort, wo man ihm am längsten gefolgt ist. So hat sich in Westeuropa in den letzten vier Jahrhunderten das Pro-Kopf-Einkommen verzwanzigfacht (S. 601), und zwar gerade auch, wie immer wieder in diesem Buch betont wird, für die weniger Begüterten.



Werner Plumpe versucht in seiner „kapitalistischen Gesamtgeschichte“ (mit klaren Schwerpunkten auf dem Nordatlantik) die Entstehung und den Aufstieg des kapitalistischen Wirtschaftens ebenso zu erklären wie die permanente Kritik daran, für die auch der Titel gebende Märchendichter Wilhelm Hauff steht, der aber wie die meisten anderen Kritiker – und auch mancher Apologeten – Plumpe zufolge das Wesen des Kapitalismus nicht verstanden hat. Vor diesem Hintergrund ist klar, dass dieses Buch vielen nicht gefallen wird, aber Pflichtlektüre nicht nur für Geschichtsstudenten, sondern auch Liberalgesinnte sein sollte, da es den wichtigen Zusammenhang von Freiheit und Wohlstand unschlagbar nachweisen kann.

Denn Entstehung und Aufstieg des Kapitalismus waren nicht möglich, ohne dass der jeweilige Staat nicht nur ein bestimmtes Maß an Freiheit zuließ, sondern auch garantierte: „Der Kapitalismus beruht auf dem evolutionären Zusammenspiel von dezentralen Privateigentumsstrukturen als Motoren der Variation, preisbildenden Märkten als Katalysatoren des Markterfolgs und schließlich auf der politischen Stabilisierung dieser evolutionären Mechanismen“, heißt es in Plumpes abschließendem Fazit (S. 612). Das verlangt gerade von den Staatsführungen sehr viel, denn sie müssen nicht nur das Privateigentum zulassen, sondern sich auch in ihrem Drang nach Einnahmen zügeln. Das fällt allen bekannten Regierungsformen häufig schwer, Demokratien vielleicht besonders. Zugleich müssen Regierungen aber auch „Reparaturbetrieb“ sein, um die der kapitalistischen Dynamik zugehörigen Schwankungen und Umbrüche bzw. Verwerfungen abzumildern, ohne aber dabei das langfristig fruchtbare Wesen des Kapitalismus zu zerstören. Das ist eine permanente Gratwanderung zwischen Freiheit und staatlichen Eingriffen, die oft schiefgeht, wie vor allem das Europa des 20. Jahrhunderts zeigt, wo der Ka-

pitalismus zur Jahrhundertmitte wohl ohne das Eingreifen der USA von außen zu seinem Ende gekommen wäre (S. 286, 393 u. 398). Dass die FDP damals zu den wenigen prokapitalistischen und damit den zukunftsweisenden Kräften gehörte, sei ausdrücklich vermerkt.

Aber der benevolente Hegemon von damals legte zugleich die Grundlage für die nächste Krise des Kapitalismus: Mit dem System von Bretton Woods wurde zwar das internationale Währungssystem wieder stabilisiert und der Weltmarkt wieder offengemacht, auf dem die junge Bundesrepublik nicht zuletzt dank einer unterbewerteten Währung schnell Terrain gewinnen konnte (S. 417 ff., 470). Allerdings eröffnete sich damit für die USA die Möglichkeit, ihre Verbindlichkeiten mittels der Druckerpresse zu begleichen, ein Verfahren, was schon zuvor die europäische Wirtschaft zerrüttet hatte. Mittelfristig wurde mit den vagabundierenden „Eurodollars“ – und dann Petrodollars – der Weg zu jenem „Finanzkapitalismus“ eingeschlagen, der heute allenthalben beklagt wird (S. 579).

Werner Plumpe ist von einem solchen Lamento weit entfernt, da über Erfolg und Nicht-Erfolg von Kapitalisten eben nicht die Moral, sondern die „kalte“ Marktrationalität, also die Abnahme der Produkte bei den Konsumenten entscheidet. Insofern war die Auflösung der „Deutschland AG“ im Zuge der Liberalisierung der Finanzmärkte kein Ausfluss sinistrierender Mächte, sondern eine logische Folge der wirtschaftspolitischen Sklerose Deutschlands um die Jahrtausendwende (S. 566 ff. u. 607). Genau dieses Fehlen eines moralischen Ansatzes im Kapitalismus hat immer wieder seine Kritiker auf den Plan gerufen, kamen sie von den Kirchen oder aus der Philosophie und sogar aus der Wissenschaft. Sie alle einte und eint bis heute ein Hang zur Dogmatik mit wenig Bezug zur „kapitalistischen Realität“, worunter nicht nur Alt- und Neomarxisten, sondern für Plumpe auch manche Libertären fallen (vgl. S. 496 f.).

Das „Kalte Herz“ überzeugt als ein ungemein vielfältiges Buch, das wirtschaftspolitische Debatten mit einer breiten wirtschaftsgeschichtlichen Darstellung fruchtbar verbindet. Es gliedert sich nach einer Einführung und der Geschichte seiner Entstehung, die für Plumpe in einem Zusammenwirken von vielen Faktoren begründet liegt und sich allen eindimensionalen Erklärungsmustern – und seien sie auch von einem wissenschaftlichen Titanen wie Max Weber hervorgebracht – entzieht, in vier große Abschnitte: der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts, den „schwarzen Jahren“ zwischen 1914 und 1945, der folgenden westeuropäischen „Reconstruction“ bis Mitte der 1970er Jahre und dem weltweiten Aufstieg des Finanzkapitalismus seither. Am Ende steht ein Fazit zu „Geschichte und Zukunft des Kapitalismus“, letztere wird hier vor allem mit Blick auf die Haltung der aktuell politisch Handelnden ambivalent eingeschätzt.

Auch für den Nichtökonom liest sich das Buch, vielleicht abgesehen vom Schlusskapitel, weitgehend leicht, es ist auch mit seinem ausführlichen Register als Lehrbuch für alle an der Wirtschaftsgeschichte Interessierten angelegt. Aber auch der Politikhistoriker lernt aus diesem Blickwinkel sehr viel, etwa warum Friedrich Naumann nach 1900 seine Idee eines liberalsozialdemokratischen Großblocks propagiert hat, bei dem er wohl eher die Gewerkschaften als die schwankende Sozialdemokratie als Bündnispartner der Liberalen im Auge hatte (vgl. S. 243 ff.). Auch sein umstrittenes „Mitteleuropa-Buch“ mit der faktischen Absage an den Welthandel ist gar nicht so solitär, wie es zunächst den Anschein hat: Auch die deutsche Industrie setzte bald nach Beginn des Weltkriegs auf Autarkie, da eine Rückkehr zur globalen Wirtschaft wie vor 1914 unwahrscheinlich schien (S. 289). In der Tat verwehrten die Siegermächte nach 1918 den Deutschen auch den Zugang auf den Weltmarkt, wobei Plumpe vor allem die Politik der USA kritisiert, die sich die Kriegsschulden ihrer Verbündeten bezahlen ließen, ihren Binnenmarkt diesen aber versperren. Versailles bekommt bei Plumpe, der sich der Kritik von Keynes daran anschließt, keine gute Note.

So vermittelt das „Kalte Herz“ sowohl viele interessante Einzelerkenntnisse – wo bekommt man schon mal den Unterschied von Neo- oder Ordoliberalen in so knapper Präzision zusammengefasst wie hier (vgl. S. 378 ff.) – als auch Einblicke in die großen Zusammenhänge, gerade weil hier nicht dogmatisch, sondern historisch-pragmatisch vorgegangen wird. Liberale können sich dadurch in ihren Grundannahmen bestätigt fühlen. Aber nicht allein dies macht dieses Buch zu einer wirklich gewinnbringenden Lektüre, man kann ihm eine große Verbreitung und Rezeption nur wünschen.

Bonn/Gummersbach

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Fabian Rausch: Konstitution und Revolution. Eine Kulturgeschichte der Verfassung in Frankreich, 1814-1851.

Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2019 (= Pariser Historische Studien, Band 111), ISBN: 978-3-11-060583-9

Deutschsprachige Studien zur französischen Geschichte haben eine lange Tradition. In den letzten Jahrzehnten ist die deutsche historische Frankreich-Forschung vor allem in der Reihe des Deutschen Historischen Instituts Paris erschienen, in der nunmehr die 2016 entstandene Freiburger Dissertation von Fabian Rausch vorliegt. Auch die französische Verfassungsgeschichte des Vormärz wurde wiederholt von deutschen Historikern bearbeitet, so von Martin Kirsch, Armin Owzar, Rolf Reichardt, Volker Sellin oder Jörn Leonhard, letzterer der Doktorvater von Rausch. Aber weder die deutsche noch die einschlägige französische Verfassungsgeschichtsschreibung von Pierre Rosanvallon bis Sébastien Le Gal ist für das frühe 19. Jahrhundert bisher so konsequent wie Rausch im Sinne einer Verfassungskulturgeschichte vorgefahren. Eine „Mentalitätsgeschichte der Verfassung“ in Frankreich, die ähnliche Aspekte wie diese Studie in den Blick nimmt, hatte Ende der 1980er Jahre Wolfgang Schmale für das vorrevolutionäre, mithin auch präkonstitutionelle Frankreich des 18. Jahrhunderts geschrieben.



Das Augenmerk von Fabian Rausch liegt auf einer Untersuchung der „Stellung und Integrationswirkung der Verfassung in der politischen Kultur Frankreichs“ (S. 12) während dreier politischer Regime in den knapp vier Jahrzehnten zwischen 1814 und 1851: der Regierung der Bourbonen-Könige Ludwig XVIII. und Karl X., dem Neuansatz der Orléanisten unter Louis-Philippe nach 1830 und schließlich der Revolution sowie der Hinwendung zum Präsidialsystem Napoleons III. zwischen 1848 und 1851.

Rausch widerspricht der von Alexis de Tocqueville bis François Furet vertretenen These einer linearen Entwicklung der französischen Geschichte von der vorrevolutionären Staatsbildung bis zur Etablierung der Dritten Republik nach 1880. Nach dieser Auffassung scheiterten alle konstitutionellen Integrationsversuche; daraus ergab sich eine „Pathologiegeschichte französischer Verfassungskultur“ (S. 13). Rausch arbeitet dagegen die konstitutionelle Instabilität, aber zugleich auch die Möglichkeiten sowie die vielfältigen Formen konstitutioneller Integration heraus. Erst dieser historischen Vorstufe sei die stabile Phase der Dritten Republik zu verdanken.

In seiner Arbeit zieht Rausch verschiedene Quellengattungen intensiv und kenntnisreich heran: Parlamentsdebatten, Regierungsakten, Prozessmaterial und Wahlunterlagen. Hinzu tritt die

Auswertung von mehr als zwanzig Periodika, zahlreichen Flugschriften und besonders aufschlussreicher Bild- und gegenständlicher Quellen vom Gemälde über die Karikatur bis zur Architektur und Gebäudeausstattung. Dabei gelingt es ihm geschickt, die unterschiedlichen Quellen miteinander zu kombinieren, die daraus zu ermittelnden Informationen zu bündeln und die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Dabei kommen sowohl die diskursiven wie auch die repräsentativen Aspekte der Verfassung zur Sprache. Gerichtsprozesse, Verfassungsfeste, Wahlkämpfe sowie die zeitgenössische Publizistik ermöglichen sich ergänzende und zugleich perspektivenreiche Einblicke. Mit einer dadurch „praxeologisch erweiterten Diskursanalyse“ (S. 449, ähnlich S. 23) ergänzt der Autor die traditionelle Verfassungsgeschichte durch eine Geschichte der politischen Kultur.

Rausch gelingt es, die Rolle der jeweiligen Verfassung zu vermessen und zu kontextualisieren – gemeint ist dabei ganz konkret das Verfassungsdokument in seinen diversen Ausformungen von der Charte constitutionnelle des Jahres 1814 über die Charte von 1830 und die Konstitution von 1848 bis zu deren Aufhebung 1850/51. Wie intensiv diese Urkunden auch diskutiert, kritisiert oder in Frage gestellt wurden, so blieben sie dennoch über Jahrzehnte hinweg ein „zentrales Regulierungs- und Legitimationsinstrument“ (S. 439) im Zentrum der öffentlichen Debatten. Rausch kann im Detail nachweisen, dass seine These der Verfassungsintegration nicht nur für die Anhänger und Kritiker, sondern selbst für die Verfassungsgegner galt. Gerade die französischen Liberalen bewährten sich in den Diskussionen um die Charte, die sie kritisch, mit Vorbehalten, aber dennoch mehrheitlich akzeptierten. Dass eine solche gruppenspezifische Integration auch für die royalistische Rechte galt, ist eines der erstaunlichen Ergebnisse der Studie Rauschs, ebenso wie die Erkenntnis, dass die republikanische Linke sich nach ihrer Ablehnung der Konstitution vor 1848, in der Revolutionsphase nach 1848 dennoch für das Modell einer Repräsentativverfassung mit garantierten Grundrechten aussprach.

Rausch zeichnet ein äußerst differenziertes Bild der politischen Lager im nachnapoleonischen Frankreich und ihrer Haltung zur Verfassungsfrage. Das allein ist bei der bunten politischen Szene, den Anhängern der Bourbonen, den Vertretern des sogenannten Juste Milieu, den Legitimisten, Liberalen, Republikanern und Sozialisten, ein verdienstvolles Unterfangen. Insgesamt zeigte sich bei aller unterschiedlichen Haltung eine generell antipluralistische Tendenz, weil sämtliche Gruppierungen durch die von ihnen vertretenen und für absolut angesehenen Verfassungsgrundsätze sich in größtenteils unauflösbaren Widersprüchen befanden.

Auch wenn Rausch ein „illiberales Moment französischer Verfassungskultur“ als prägend konstatiert, kommt er dennoch zu dem Ergebnis, dass „Integration qua Verfassung“ (S. 444) im Zeitraum zwischen 1814 und 1851 fast durchgängig funktionierte. Trotz dieser illiberalen politischen Kultur konnten die verfeindeten Gruppierungen unter dem Dach einer gemeinsamen Verfassung koexistieren. Die Widersprüchlichkeiten und Gegensätze der politischen Richtungen fanden immer wieder zusammen, indem sie den Diskurs über die verschiedenen Verfassungsmodelle suchten und führten. Dabei erkundeten sie die möglichen Veränderungen der Verfassung in Buchstabe und Praxis und etablierten damit ein Verfahren, das zum prägenden Merkmal der politischen Kultur Frankreichs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts avancierte. Sie testeten die „Möglichkeitenbedingungen politischer Herrschaft“ (S. 448) und konstituierten damit das, was Emmanuel Fureix 2014 in seiner französischen Geschichte des 19. Jahrhunderts auf die Formel eines „siècle des possibles“ gebracht hat. Zu den diversen Möglichkeiten der Verfassungsentwicklung zählten dann jedoch nicht nur Innovation, Reform, Fortentwicklung und Export der Konstitution, sondern auch die Gefahr des Scheiterns einer Verfassungsordnung durch eine Revolution.

Rauschs Arbeit erbringt durch die Auswertung bisher wenig oder gar nicht bekannter sowie selten herangezogener Quellen wichtige neue Erträge im Bereich der frühen französischen Parlaments- und Parteigeschichte und damit auch gerade für die Liberalismus-Forschung.

Darüber hinaus gewinnt der Verfasser grundsätzliche inhaltliche Erkenntnisse über die Probleme des Konstitutionalismus und Liberalismus. Außerdem erprobt er erfolgreich die Methode der politischen Kulturgeschichte für die Verfassungsgeschichte. Allenfalls den Blick über die Grenzen Frankreichs hinaus, nämlich auf Rezeption und Rückwirkung der Verfassungsdiskurse, mag man gelegentlich vermissen.

Fabian Rausch hat eine beeindruckende Studie zur französischen Verfassungsgeschichte vorgelegt, die, über sein eigentliches Thema hinausweisend, inhaltlich und methodisch einen bedeutenden Beitrag zur Kulturgeschichte der Verfassung sowie zur Liberalismus-Forschung leistet. Völlig zu Recht wurde diese Arbeit 2016 mit dem Preis der Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnisstiftung ausgezeichnet.

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Andreas Hoffmann: Parteigänger im Vormärz. Weltanschauungsparteien im sächsischen Landtag 1833-1848.

Ostfildern: Jan Thorbecke Verlag, 2019 (= Studien und Schriften zur Geschichte der sächsischen Landtage, Band 4), 315 S., 19 Tab., ISBN: 3-7995-8463-3

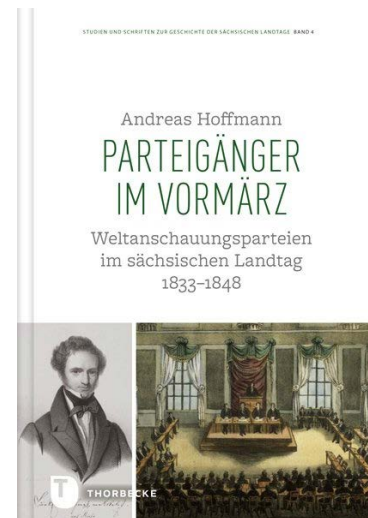
In seiner Dissertation (TU Dresden) fragt Andreas Hoffmann nach der Rolle des Landtags in der sächsischen Verfassung von 1831, zudem untersucht er Funktionen und Arbeitsweisen des Landtages in der Verfassungsrealität. Hoffmann verbindet damit die Frage nach dem Selbstverständnis der Abgeordneten und nach der Herausbildung politischer Parteien.

Der sächsische Landtag im Vormärz war ein Zweikammerparlament, besonders die I. Kammer wies noch eine stark ständische Gliederung auf. In dieser nahmen u. a. kirchliche Vertreter und die Prinzen des Hauses Wettin Platz, vor allem aber dominierten hier Rittergutsbesitzer. Die Vertreter der II. Kammer rekrutierten sich ebenfalls aus Rittergutsbesitzern, Abgeordneten von städtischen und ländlichen Bezirken und Vertretern des Handels und Fabrikwesens. Für die Wahl in die II. Kammer waren jedoch vor allem Vermögenskriterien ausschlaggebend. Trotz der ständischen Zusammensetzung der Kammern waren die Parlamentarier dem Allgemeinwohl verpflichtet, nicht den Interessen einer bestimmten Gruppe.

Insgesamt besaß die Regierung gegenüber dem Landtag ein starkes Übergewicht. Sie war nicht vom Vertrauen des Landtages abhängig, konnte diesen jederzeit auflösen und Gesetzesvorlagen zurückziehen. Dem stand auf Seiten des Landtages lediglich das Steuerbewilligungsrecht gegenüber. Jedoch tagte der Landtag öffentlich, womit er zum Zentralpunkt des politischen Diskurses werden konnte. Mit Recht betont Hoffmann, dass angesichts der seit den Karlsbader Beschlüssen geltenden Vorzensur der Presse der Veröffentlichung der Landtagsprotokolle auch in Zeitungen eine zentrale Rolle zukam. Zudem verfügte der Landtag über das Petitionsrecht. Von den vier ständigen Deputationen des Landtages beschäftigten sich zwei mit Petitionen der Abgeordneten bzw. Petitionen aus der Bevölkerung. Die beiden übrigen ständigen Deputationen behandelten Verfassungs- und Gesetzgebungs- bzw. Finanzfragen.

Hoffmann zeigt auf, welche große Bedeutung der Wahl von Abgeordneten in eine der Deputationen zukam. Wer in diese gewählt wurde, gehörte zum parlamentarischen Führungspersonal, war näher an Entscheidungen dran und konnte im Vorfeld der Plenardebatten mit Regierungsvertretern über anstehende Entscheidungen verhandeln.

Schließlich wendet sich Hoffmann den zentralen Themen der vormärzlichen Landtage zu: Gestritten wurde über Pressefreiheit, Öffentlichkeit und Mündlichkeit von Schwurgerichtsverhandlungen, außerdem ging es um die Frage, inwieweit es der II. Kammer erlaubt sei, auf die Thron-



rede eine Antwort zu verfassen und somit ein eigenes politisches Programm zu formulieren. Auch wird aus den Ausführungen Hoffmanns deutlich, dass sich ab der Mitte der 1840er Jahre die politische Atmosphäre zunehmend auflud. Verstärkt kam es zu Tumulten, die auch zum Gegenstand der Landtagsdebatten wurden.

Von den im Entstehen begriffenen Parteien waren die Liberalen außerhalb des Landtages gut organisiert. Angesichts des grundsätzlichen Verbots, politische Parteien zu bilden, sammelten sich die Liberalen in Plauen in den 1820er Jahren im Polenverein bzw. später in einem Verein zur Unterstützung der liberalen Presse. In Leipzig bestand u. a. der „Maikäferverein“ als geselliger Zusammenschluss, in dem auch politisch diskutiert wurde. Robert Blum versammelte seine Anhänger u. a. im Redeübungsverein. Außerdem bildeten die ab 1840 abgehaltenen Schülerfeiern oder Empfänge aus Anlass der Rückkehr von Abgeordneten vom Landtag Foren, um liberale Forderungen zu artikulieren. Mittels Petitionen aus der Bevölkerung versuchten die Liberalen zudem, die Agenda des Landtags zu bestimmen.

Allerdings stimmten sich die liberalen Abgeordneten in der Kammer nur relativ wenig ab. Wenngleich bei Grundsatzfragen ein einheitliches Votum der Liberalen erreicht werden konnte, so war dies bspw. bei der Besetzung der Deputationen nicht der Fall. Die dauerhafte Festlegung des Abstimmungsverhaltens der Liberalen scheiterte auch an deren Selbstbild als Parlamentarier, die nur ihrem Gewissen und der Wählerschaft verantwortlich waren, wie auch am Fehlen einer allseits anerkannten Führungspersönlichkeit.

Wurde von den Zeitgenossen die II. Kammer als liberal dominiert angesehen, so waren die konservativen Rittergutsbesitzer in der I. Kammer tonangebend. Unter diesen kam es, so Hoffmann, schon im Vormärz zu einer allmählichen Parteibildung. Ausschlaggebend hierfür war eine gemeinsame Sozialisation vieler Rittergutsbesitzer, die die gleichen Schulen besucht und an der Universität Leipzig studiert hatten. Auch verkehrten die Rittergutsbesitzer in Dresden während der Landtagssitzungen auf zahlreichen gesellschaftlichen Anlässen miteinander. Aus der gemeinsamen Sozialisation resultierten schließlich gemeinsame politische Überzeugungen.

Unter den Konservativen der I. Kammer stellt Hoffmann Curt Robert v. Welck vor, dem die Rolle eines informellen Fraktionsführers zukam. Den Tagebüchern v. Welcks ist zu entnehmen, in welchen Dresdner Lokaltäten sich die konservativen Mitglieder der I. Kammer während der Landtage jeweils donnerstags trafen, um ihre Strategie für die nächsten Sitzungen zu beraten. So verständigten sich die konservativen Abgeordneten der I. Kammer vorab bei den Besetzungen der Deputationen. Darüber hinaus informierte v. Welck die Konservativen der I. Kammer bei Abwesenheit über wichtige anstehende Abstimmungen. Auch pflegte er Kontakt mit einzelnen Ministern und stimmte zumindest 1846 in einem Fall einen von ihm eingebrachten Antrag mit dem Justizminister ab, der durch die Initiative v. Welcks vor einer Abstimmungsniederlage bewahrt wurde. Genauso überlegte v. Welck 1845 mit dem Innenminister, auf welche Weise die Regierung publizistisch ihre Position verbessern könne und folglich war er auch Ansprechpartner von Verlegern, die ab 1845 konservative Organe herausgaben. Trotz der Initiativen v. Welcks kann jedoch auch bei den Konservativen im Vormärz noch von keiner festen Fraktionsbildung gesprochen werden.

Es gelingt Hoffmann, am Beispiel des Sächsischen Landtags einen anschaulichen Überblick über die Entwicklung von Parlamentarismus und Parteien im Vormärz zu geben.

Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing



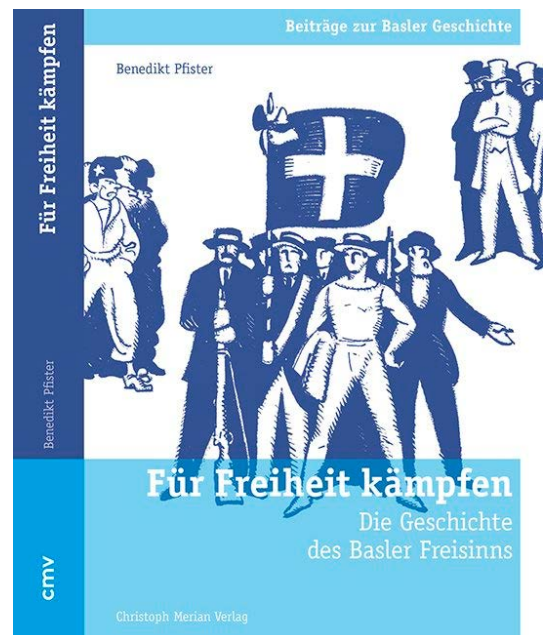
Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Benedikt Pfister: Für Freiheit kämpfen. Die Geschichte des Basler Freisinns.

Basel: Christoph Merian Verlag, 2019 (= Beiträge zur Basler Geschichte), 224 S., Ill., ISBN: 978-3-85616-897-1

Im Jahr 2019 beging die Basler FDP (Freisinnig-Demokratische Partei) ihr 125-jähriges Gründungsjubiläum, was den Anlass für die vorliegende Schrift durch den unabhängigen Historiker Benedikt Pfister bildete.

Pfister beginnt seine Darstellung jedoch nicht erst im Jahr 1894, sondern bereits in den 1830er Jahren: Nach der Trennung der Kantone Basel-Stadt und Basel-Land zogen politisch fortschrittlich gesinnte Kräfte in die Landschaft, die Verfassung der Stadt aus dem Jahr 1833 blieb konservativ geprägt: Hier dominierten die Zünfte, die Niederlassungsfreiheit war nicht gewährt, es herrschte Protektionismus. Eine Verfassungsreform 1847 brachte nur geringfügige Anpassungen an den Zeitgeist. In der Summe sahen sich die frühen Vertreter des Basler Freisinns, Carl Brenner und Wilhelm Klein, Repressionen ausgesetzt.



Es ist eine der Stärken der Darstellung Pfisters, dass er Persönlichkeiten wie Wilhelm Klein in den Mittelpunkt stellt und an deren Wirken die zentralen Forderungen des Basler Freisinns darlegt. Einer der Vorläufer der Basler FDP war 1869 der Verein der Liberalen Basels, dessen Programm durch Klein geprägt wurde. Hier wurde u. a. die Reform des Wahlrechtes für den Großen Rat, das Referendum und das Initiativrecht durch das Volk bei Gesetzesentwürfen zum politischen Ziel erhoben. Zugleich wünschten die Freisinnigen die Trennung von Kirche und Staat, die Zivilehe und schließlich kennzeichnete eine stark soziale Komponente den Basler Freisinn. Dementsprechend wurde gefordert: Unentgeltlicher Besuch der Volksschule, der Erlass eines Arbeitsschutzgesetzes, der Staat sollte sich an der Armenfürsorge beteiligen und Regierungsämter sollten besoldet werden, so dass sich theoretisch jeder für ein solches Amt bewerben konnte.

Die ausgehenden 1860er und der Beginn der 1870er Jahre brachten den Durchbruch des Freisinns in Basel. 1869 wurde das gewünschte Fabrikgesetz erlassen, 1874 erfolgte die Totalrevision der Bundesverfassung, 1875 hielt auch in Basel-Stadt im Zuge einer Reform der kantonalen Verfassung die Gewerbefreiheit Einzug, zugleich wurde Wilhelm Klein erstmals Regierungsrat und Erziehungsdirektor. In dieser Funktion, so Pfister, war die Verabschiedung eines Schulgesetzes das zentrale Anliegen Kleins. Dem Erziehungsdirektor ging es um die Durchsetzung des unentgeltlichen Schulbesuchs bis zur Universität. Gleichzeitig wollte er die Kirchen aus der

Schule fernhalten, der Schulunterricht sollte praktische Dinge, nicht jedoch eine Ideologie lehren. – Diese Maßnahmen waren radikal und brachten ihm die Feindschaft der liberal-konservativen Kräfte wie auch des katholischen Bevölkerungsteils ein, was 1878 zu seinem Sturz führte. Dennoch gelang es den Freisinnigen 1880, „eine achtjährige Schulpflicht und den kostenlosen Unterricht bis zur Stufe der Universität“ (S. 34) durchzusetzen, verbunden mit weiteren sozialen Anliegen, wie der Bestellung von Schulärzten oder auch dem kostenlosen Zugang zu Schulmaterial. – Klein bemühte sich derweil als eidgenössischer Fabrikinspektor auf Bundesebene um die Durchsetzung sozialer Standards. 1881 kehrte er als Leiter des Sanitätsdepartements in die Regierung zurück und war in der Folgezeit für die Schließung einer katholischen Schule verantwortlich (wegen angeblicher Nichteinhaltung hygienischer Auflagen). Im Umgang mit den Katholiken wird hier die z. T. auch unduldsame Haltung des Basler Freisinns erkennbar. Gleichwohl bleiben die Verstaatlichung und Demokratisierung des Schulwesens und schließlich die Errichtung von über zwanzig Schulhäusern in der Stadt die große Leistung des Basler Freisinns in seiner frühen Phase.

Organisatorisch bildeten zunächst Quartiervereine und die Großratsfraktion das Rückgrat des Freisinns, bevor es 1894 auf Kantons- wie auf Bundesebene zu einem festeren Zusammenschluss kam. Dabei spielte der Basler Anwalt Ernst Brenner eine entscheidende Rolle, der einer der ersten Vorsitzenden der eidgenössischen FDP war und später als Bundesrat maßgeblichen Anteil an der Verabschiedung des eidgenössischen Zivilgesetzbuches (1912) sowie des Eisenbahnhaftpflichtgesetzes hatte (1905). Pfister stellt Brenner dem Leser genauso vor wie den langjährigen Präsidenten des FC Basel Ernst Thalmann, der für die Verbindung der FDP mit dem Sport steht, oder den Luftfahrtpionier Eugen Dietschi, der zu den Gründervätern des Flugplatzes Basel-Mülhausen gehört.

Die Dominanz des Basler Freisinns wurde 1905 auf Kantons- und 1919 auf nationaler Ebene gebrochen – bedingt durch die Einführung des Proporzwahlrechtes. Im Zuge der schweren sozialen Auseinandersetzungen im Landesstreik 1918 positionierte sich der Basler Freisinn (zwischen 1919 und 1973 unter dem Namen Radikal Demokratische Partei RDP) als Teil des bürgerlichen Blocks, jedoch an dessen linkem Rand, immer bereit, zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft zu vermitteln. Dies galt auch für die 1930er Jahre, als der Basler Regierungsrat durch die Arbeiterparteien dominiert wurde. Der Basler Freisinn half in dieser Zeit mit, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung unter finanzieller Belastung der Arbeitnehmer genauso zu verabschieden wie eine progressive Vermögenssteuer.

War der Basler Freisinn auch in der Nachkriegszeit stark sozialliberal geprägt, so trat nach Wahlniederlagen am Ende der 1960er Jahre eine Wende in dessen Programmatik ein. Der Basler Freisinn betonte jetzt stärker die Eigenverantwortung des Einzelnen und artikulierte staatskritische Positionen. Abschließend wirft Pfister einen Blick auf die Haltung des Basler Freisinns zu Gegenwartsproblemen wie die Frage nach der Rolle der Schweiz gegenüber der Europäischen Union, den Umgang mit der Drogenproblematik oder die Stellungnahme des Basler Freisinns zu Umweltproblemen, genauso wie der Autor die Rolle von Frauen innerhalb der Basler FDP erörtert.

Der flüssig geschriebene und lesenswerte Band wird abgerundet durch einen Anhang mit Angaben zum Abschneiden der Basler Freisinnigen bei Wahlen sowie einem Verzeichnis der Vorsitzenden und Mandatsträger des Basler Freisinns seit den 1870er Jahren.

Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

Seite 2 von 2



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Urs Marti-Brander: Die Freiheit des Karl Marx. Ein Aufklärer im bürgerlichen Zeitalter.

Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2018, 380 S., ISBN: 978-3-498-04538-8

Bezeichnenderweise am 1. Mai 2018 erschienen, ordnet sich Urs Marti-Brander's Buch in das „Revival“ ein, das Karl Marx oder vielmehr seine Ideen und Schriften rund um seinen 200. Geburtstag am 5. Mai 2018 erlebt haben. – Neben einem durchaus sehenswerten Kinofilm gab es eine Vielzahl von Publikationen über Leben und Werk des Philosophen und Ökonomen, dessen Gedanken und Veröffentlichungen in ihren epochenstiftenden, politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen für Europa und die Welt wohl am ehesten noch mit der lutherischen Reformation verglichen werden können, auch wenn Marx alles Religiöse aus tiefster Überzeugung abgelehnt hat. Doch Brander's Buch widmet sich im Gegensatz zu vielen anderen Jubiläumsveröffentlichungen weder der Privatperson Karl Marx, noch will es dem Marxismus einen Wert oder gar Handlungsimpuls für die Gegenwart abringen. Der schweizerische Professor für politische Philosophie, dessen Interesse vor allem der Ideengeschichte gilt, richtet seinen Fokus auf die Freiheit bei, die Freiheit des Karl Marx und will ihn – so verspricht es der Untertitel – als Aufklärer im bürgerlichen Zeitalter zeichnen. Karl Marx, der nach eigenem Bekunden kein Marxist war, also ein Liberaler?



Brander stellt nicht den Ökonomen Marx in den Vordergrund, sondern den Philosophen Marx und zeigt ihn in diesem Sinne als „Kind seiner Zeit“ – zwischen Aufklärung, bürgerlicher Revolution und Industrialisierung. Er arbeitet heraus, wie Marx' Werk in Auseinandersetzung mit den Ideen seiner prägenden Vordenker und Zeitgenossen entstanden ist. Im Mittelpunkt steht dabei wenig überraschend Georg W. F. Hegel, der während Marx' Studienzeit großen Einfluss auf das geistige Leben in „Deutschland“, besser: in deutschen Landen, hatte und mit dessen Erbe sich der Jung- oder Linkshegelianer Marx intensiv beschäftigt hat. In den ideologischen Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts verortet Brander Karl Marx auf der „liberalen Seite“ und belegt dies durch eine auf den Begriff der Freiheit fokussierte Zusammenstellung und Analyse zentraler Schriften. Dabei wird deutlich, dass für Marx politische und private Freiheitsrechte der bürgerlichen Gesellschaft zeitlebens von herausgehobener Bedeutung waren und er sie als wichtigen Fortschritt in der gesellschaftlichen Entwicklung begriff.

Mit seiner Wendung zum Kommunismus wendet sich Marx nicht von der bürgerlichen Freiheit ab, sondern ihr zu. Ziel war für ihn die freie Entfaltung des Individuums, an der es von den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen im Kapitalismus gehindert wird. Im kapitalistischen System würden die Menschenrechte ausgehöhlt, der Kommunismus könne das Individuum in diesem Sinne befreien. Nach Brander's Analyse war für Marx der Kommunismus ein Freiheitsversprechen für das Individuum, für ihn handelte es sich beim Kommunismus „nicht

um eine egalitäre, sondern um eine individualistische Ordnung“, in der das Individuum sich frei von materialistischen Zwängen entfalten kann. Er schätze Freiheit und Entfaltungsfreiheit des Individuums höher als Gleichheit und Verteilungsgerechtigkeit.

Allerdings unterscheidet sich Marx auch deutlich vom liberalen „Mainstream“ seiner Zeit. Unbestreitbar in der Tradition der Aufklärung stehend, ist er aber auch von aufklärungs- und liberalismuskritischen Denkströmungen beeinflusst. Er sieht die Freiheit nicht in der bürgerlichen Gesellschaft verwirklicht, sondern will diese überwinden, eine neue Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung müsse erreicht werden. Einen Liberalismus, der die Augen davor verschließt, dass durch die Marktkräfte die Freiheit des Einzelnen bedroht wird, lehnt er ab. Er betont zwar ausdrücklich, dass durch den Kapitalismus ein ungeahntes Maß an Wohlstand und Bildung erreicht wurde, die Errungenschaften der Industrialisierung will er nicht missen, aber zugleich will er die Menschen in ein „neues Reich der Freiheit“ führen, in dem sie von den Gesetzen des Marktes befreit sind und alle gleichermaßen die Früchte des Wohlstands genießen dürfen. Dass dies in sich widersprüchlich ist und durch Marx auch nicht aufgelöst wird, macht die ideengeschichtlich geleitete Lektüre von Marx' Schriften durch Brander deutlich. Auch wird hier klar, dass – im Gegensatz zum landläufig Angenommenen – Marx mitnichten ein in sich geschlossenes Theoriegebäude errichtet hat. Dies dürfte eigentlich nicht überraschen, denn im Grund ist keine philosophische oder sozialwissenschaftliche Theorie in sich geschlossen – an diesem Punkt liegt die Grenze zum Ideologischen und Religiösen –, aber es macht deutlich, warum der Marxismus als Marxismus-Leninismus, Stalinismus oder Juche-Ideologie fortgeschrieben, neu interpretiert oder – bezogen auf die Freiheit des Individuums – ad absurdum geführt und zum fruchtbaren Boden für unfreiheitliche, diktatorische Regime werden konnte.

War Marx also ein Liberaler? Jein. Urs Marti-Brander bemüht sich zwar nach Kräften, ihn unter den Liberalen zu verorten und arbeitet auf beeindruckende und erhellende Weise die zentrale Rolle des Freiheitsbegriffes im philosophischen Denken von Karl Marx hervor. Auch ist seine Bezeichnung als „Aufklärer im bürgerlichen Zeitalter“ überzeugend begründet, war Marx doch selbst ein Bürgerlicher. Aber letztlich überzeugt das nicht – und zwar vor dem Hintergrund dessen, was wir heute über das Scheitern seiner Philosophie in der Praxis wissen, welches Maß an Unfreiheit und Verheerung Staatsideologien, aufbauend auf seinem Denken, über Millionen von Menschen seit nunmehr einem Jahrhundert gebracht haben. Marx konnte dies zwar nicht wissen, und er ist auch nicht verantwortlich dafür, was Politiker aus seinen Schriften gelesen habe, dass sein Traum vom Kommunismus aber nicht ohne maximale Unfreiheit zu erreichen ist, es hätte ihm aber doch zumindest als kleiner Zweifel in den Sinn kommen können, wo er doch das Wirken der gesellschaftlichen Kräfte so zutreffend analysiert hat. Anzunehmen, das von den Fesseln des Kapitalismus befreite Individuum sei ein moralischeres, weniger egoistisches, ist für seinen Horizont eigentlich zu naiv. Schließlich war Marx selbst kein Dogmatiker, sondern eine beruflich wie privat schillernde Persönlichkeit. Er hat sich für vieles interessiert, war ein eifriger und aufmerksamer Verfolger und Analyst des Zeitgeschehens und wusste aus eigener Anschauung um die Abgründe menschlicher Bedürfnisse, Sehnsüchte und Begierden. Er hätte erkennen können, dass der Verzicht auf individuelles Eigentum den Einzelnen entmündigt und fesselt – mit umgekehrtem Vorzeichen, wie er es auch im Laissez-faire-Kapitalismus gesehen hat. Aber Marx war kein Beobachter der Welt aus der sicheren Entfernung seines Studierzimmers, sondern er war, insbesondere dann zusammen mit Friedrich Engels, auf politischer Mission. – Eine Mission, die zwar befreien wollte, aber keine liberale war.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



Seite 2 von 2

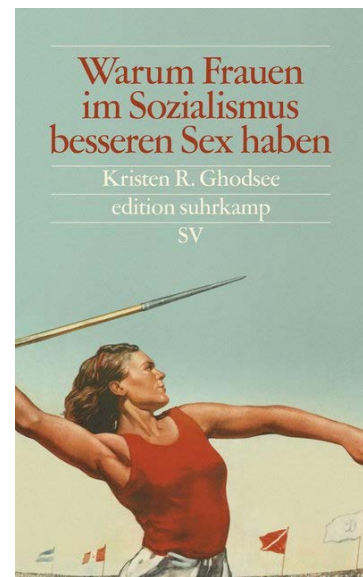


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Kristen R. Ghodsee: Warum Frauen im Sozialismus besseren Sex haben.

Berlin: edition Suhrkamp, 2019, 277 S., ISBN: 978-3-518-07514-2

Der Titel ist reißerisch. Mit ihm setzt die Ethnografin und Anthropologin Kristen R. Ghodsee, Professorin an der University of Pennsylvania, ganz auf die Marktlogik im Kampf um Aufmerksamkeit und Leser*innen, indem sie zwei Reizworte – Sozialismus und Sex – verbindet. Die grundlegende These der profunden Osteuropa- und Russlandkennerin sowie bekennenden Bernie-Sanders-Anhängerin ist schnell zusammengefasst: Im Kapitalismus verknappen Frauen das Angebot an Sex, um Absicherung, Wohlstand und sozialen Aufstieg dagegen einzutauschen. Im Sozialismus dagegen sind sie wirtschaftlich unabhängig und nicht darauf angewiesen, solcherlei Tauschgeschäfte mit Männern einzugehen; Paarbeziehungen sind „ehrlicher“, die Sexualmoral freizügiger und der Sex besser – auch deshalb, weil sich die Männer mehr anstrengen müssen, um eine Frau für sich zu gewinnen. Aber eigentlich geht es in dem Buch, das aus einem 2017 in der New York Times erschienenen und heftig diskutierten Artikel hervorgegangen ist, nur am Rande um Sex, dies ist nur der provokative Kaufanreiz. Ziel scheint vielmehr ein Debattenbeitrag zur spezifischen US-amerikanischen Diskussion zwischen Trumpismus und einem durch die Millennials wiederentdeckten Sozialismus à la Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez zu sein. Ghodsee diskutiert anhand von Frauenrechten Gerechtigkeitsfragen und sucht gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus amerikanischer Prägung.



Und da liegt auch schon der Knackpunkt: Ghodsee schreibt ausdrücklich für ein junges, US-amerikanisches Publikum und bedient den antisozialistischen Reflex der Konservativen in den USA, indem sie Sozialismus im breiten amerikanischen Sinn gebraucht: Die deutsche Unterscheidung zwischen Sozialismus und Sozialer Marktwirtschaft existiert in ihrem Duktus nicht. Sozialistisch ist alles, wobei der Staat ordnende, für- und vorsorgende Aufgaben übernimmt. Und so kommt es, dass sie als Reformmaßnahmen Dinge vorschlägt, die in vielen Ländern Europas zum „Standardprogramm“ des Sozialstaats gehören und in den USA zum Teil vehement abgelehnt werden: verpflichtende Kranken- und Rentenversicherung, bezahlter Mutterschaftsurlaub mit Jobgarantien, Regelungen zum Kindesunterhalt, Kinderbetreuungseinrichtungen, Zugang zu Verhütungsmitteln und legalen Abtreibungsmöglichkeiten, ein kostenfreies Bildungssystem, öffentlicher Nahverkehr etc. Während man ihr ohne Weiteres zustimmen kann, dass eine solche soziale Infrastruktur Frauen unabhängiger macht und Männern die Last der Versorgerrolle nimmt, und dass es für ein besseres Zusammenleben aller lohnenswert ist, Frauenrechte zu stärken und gesellschaftliche Teilhabe sicherzustellen, muss man noch lange nicht die nächste sozialistische Revolution fordern und zur Wahl von Bernie Sanders aufrufen, der letztlich auch nur ein alter, weißer, heterosexueller Mann ist.

Soweit, so wenig erkenntnisreich für deutsche Leser*innen, die mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bereits eine Alternative kennen und (er-)leben, auch wenn dadurch mitnichten alle von Ghodsee zurecht adressierten Probleme gelöst sind. Sex kann wie fast alles andere auch zu einem handel- und tauschbaren Gut werden (auch im Sozialismus gibt es schließlich Prostitution). Frauen zahlen auch in fortschrittlichen Sozialsystemen den wesentlichen Preis für Schwanger- und Mutterschaft und erleben aus diesem Grund Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, werden häufig in Teilzeit und schlechter bezahlte Jobs gedrängt und sind stärker von Altersarmut bedroht, während sie auch in Deutschland den größten Teil der sogenannten „Care-Arbeit“ leisten, also für Kinderversorgung, Haushalt und Pflege von Eltern und Angehörigen zuständig sind und meistens eine starke Doppelbelastung zwischen Beruf und Familie erleben. Freiheit und Lebenslaufhoheit sind voraussetzungsreich, was auch Liberale am Beispiel von Frauen- und Minderheitenrechten erkennen und durchdeklinieren müssen. Liberale Konzepte zur gesellschaftlichen Teilhabe zu entwickeln, ist auch für uns eine hochaktuelle Aufgabenstellung. Was Liberale dabei von Apologet*innen eines neuen Sozialismus wie Ghodsee unterscheidet, ist eine ganzheitliche Sicht auf die Freiheit des Individuums.

Ghodsee redet nämlich nicht nur einem modernen Sozialismus das Wort, sondern, was deutlich kritischer zu ihrem Buch anzumerken ist, sie schwelgt in realsozialistischer Nostalgie. Sie betont zwar immer wieder, dass sie die schlechten Seiten des bereits erlebten Staatssozialismus auf keinen Fall leugnen und auch nicht dahin zurück will, ja sie führt sogar konkret zu stalinistischen Gräueltaten, Zensur, Wirtschaftsproblemen und Mangelversorgung aus, aber letztlich verharmlost sie Diktatur, Unfreiheit und Unrecht, indem sie den Erfahrungen unterdrückter Amerikanerinnen die der DDR-Frauen und Osteuropäerinnen gegenüberstellt, die von ihrem besseren Sexleben sprechen. Kurzerhand werden die DDR, Polen, Bulgarien, Rumänien und die Sowjetunion zu ganz unterschiedlichen Zeiten in einen Topf geworfen und mit dem Etikett „Guter Sex durch Sozialismus“ versehen. Da Ghodsee ausgewiesene Expertin der osteuropäischen Geschichte ist und 1990 selbst die ehemaligen Ostblock-Länder bereist und in Europa gelebt und geforscht hat, weiß sie wohl selbst, dass sie damit bei genauerer Betrachtung nicht durchkommen würde, weshalb sie gleich zu Beginn Dänemark, Schweden, Finnland und Norwegen aufgrund ihrer sozialen Sicherungssysteme zu sozialistischen Staaten erklärt, um noch die argumentative Kurve zu kriegen. Für die USA mag sie damit einen Aufreger produziert haben, für die in Deutschland und Europa zu führende Debatte über Frauenrechte einerseits und die Zukunftsfestigkeit der Sozialversicherungen andererseits birgt das Buch kaum Anregungen für praktikable Lösungen.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Thomas Mayer: Die Ordnung der Freiheit und ihre Feinde. Vom Aufstand der Verlassenen gegen die Herrschaft der Eliten.

München: FinanzBuch Verlag, 2018, 238 S., ISBN: 978-3-95972-127-1

Der Titel verspricht eine Selbstvergewisserungs- und Erbauungslektüre für Liberale, allein der Verlag macht aber schon skeptisch. Der FinanzBuch Verlag versammelt ein buntes Sammelsurium in seinen Veröffentlichungen – eine Mischung aus Weltbild und Koop Verlag für Manager und solche, die sich dazu berufen fühlen. Neben Lebensratgebern für Erfolg und Reichtum, Biografien von Elon Musk, Donald Trump und Robert Habeck und so illustren Erfahrungsberichten wie „In 80 Frauen um die Welt“ finden sich EU-Krisenbeschwörungen von Bernd Lucke und islamophobe Schriften von Thilo Sarrazin. In diesem Umfeld scheint sich der ehemalige Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, mittlerweile wohlfühlen. Heute ist er als Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institute tätig, das von der Flossbach von Storch AG, einem deutschen Finanzdienstleister und Vermögensverwalter – in letzter Zeit einem größeren Publikum bekannt geworden durch in der Presse thematisierte Spenden an die AfD – gegründet wurde.



Eine liberale Streitschrift soll es sein, eine „Lanze für den Liberalismus“ will Mayer brechen. Ihn treibt die Sorge an, „dass wir die Grundlagen zerstören, auf denen unsere freie Gesellschaft und unser Wohlstand errichtet wurden“, weil die Idee des Liberalismus „unter die Räder“ kommt (S. 9). Das Buch entpuppt sich dann aber als eine Darstellung dessen, was Mayer und seine Mitstreiter unter „klassischem Liberalismus“ verstehen, einschließlich der bekannten „klassisch liberalen“ Politikrezepte. Wobei die Adressaten dieser „Streitschrift“ bis zum Schluss unklar bleiben. Mayer formuliert häufig emotional, fast schon umgangssprachlich, und mit einem deutlich populistischen Duktus („Kanzlerdämmerung“, „Klimahysterie“, „ungesteuerte und unkontrollierte Zuwanderung“) – durchaus passend und akzeptabel für eine Streitschrift, denn man soll sich daran reiben können. Dann wieder argumentiert er ökonomisch unter Benennung von Modellen und Fachbegriffen. Als Ökonomin waren diese Stellen für mich nichts Neues oder gar Erkenntnisreiches, für ein breiteres Publikum dürften diese Argumentationen allerdings schwieriger nachzuvollziehen sein. Es sei denn, der Autor geht davon aus, dass seine Leserinnen und Leser sich noch eben über das makroökonomische IS-LM-Modell schlau machen. Möglicherweise ist das Ziel aber auch, sich durch wissenschaftliche Argumentation eine Aura von Kompetenz und intellektueller Überlegenheit zu geben, die gegen Kritik immunisiert.

Überhaupt scheint Mayer dem Buch einen wissenschaftlichen Anstrich geben zu wollen, der aber beim zweiten Blick nicht hält, was er verspricht. Es gibt beispielsweise umfangreiche Fußnoten und Belege, in denen dann aber erschreckend häufig „Tichys Einblick“ zitiert wird, selbst Anabel Schunke, Instagram-Model und Quotenfrau der Neuen Rechten, hat einen Fußnotenauftritt. Häufig zitiert wird auch das „Europäische Institut für Klima & Energie“, das weder ein Institut, noch europäisch, noch eine Vereinigung von Klimawissenschaftler*innen ist, sondern ein Verein, der den wissenschaftlichen Konsens darüber, dass die globale Erwärmung menschengemacht ist, ablehnt. Von Stimmen aus Wissenschaft und Presse wird der Verein als Zentrum der politisch aktiven und organisierten Klimaleugnerszene in Deutschland beschrieben. Bei einem Wissenschaftler kann man sich eigentlich nicht vorstellen, dass er seine Quellen nicht prüft, vielmehr muss man davon ausgehen, dass Mayer hier seine Leserinnen und Leser bewusst hinters Licht führen oder die Weltanschauung einer ganz bestimmten Klientel bedienen will. Richtet sich das Buch allerdings an eine größere Leserschaft außerhalb dieser Blase, dann ist sein Umgang mit Quellen als zumindest unredlich zu bezeichnen.

Dabei tut das dem Grunde nach gar nicht Not. Denn Mayer hat ein paar wichtige Punkte, die es zu diskutieren gilt und bei denen liberale Ansätze den Weg aus der Misere weisen können – seien es der überbordende Sozialstaat am Rande seiner Funktionsfähigkeit oder die immer weiter gehenden Eingriffe des Staates in die individuelle Selbstbestimmung. Aber letztlich argumentiert er in der Gesamtschau sehr ideologisch und offenbart damit ein ähnlich enges und auf absoluten Geltungsanspruch bedachtes Weltbild wie seine erklärten Gegner. Diese hat er in den nicht näher differenzierten „Eliten“ (zu denen er anscheinend nicht gehört) ausgemacht, die den Liberalismus pervertiert haben, indem sie zum Machterhalt an das „Stammesdenken“ der Menschen appellieren, die sich nur nach Wärme im behütenden Wohlfahrtsstaat sehnen, ja zu ungebildet sind, um zu erkennen, was da mit ihnen geschieht, sich nun aber aufgrund der nicht mehr ausreichenden Nestwärme gegen die Eliten auflehnen, wofür man Verständnis haben müsse. Dieses Wutbürgerverständnis kombiniert er mit Klimawandelleugnung und Ablehnung des Umweltschutzes, Kritik an der „ungesteuerten Einwanderung“ und einer Prise Verschwörungstheorie (die ungesteuerte Einwanderung sei nämlich den Eliten ganz willkommen). Im Übrigen bewundert er das chinesische System, das er dem pervertierten Liberalismus für überlegen erachtet.

Aber er verspricht Abhilfe – mit einem Programm zur liberalen Erneuerung. Dieses Programm beinhaltet unter anderem die „klassisch liberalen“ Forderungen nach einer Stärkung der Eigentumsrechte, ein Zurückfahren des Sozialstaats auf das absolute Minimum und, wie würde man es auch anders erwarten, eine Abschaffung des Geldmonopols der Europäischen Zentralbank (EZB). Alles nicht neu und grundsätzlich auch bedenkenswert, aber auch bei Mayer nicht zu Ende gedacht. Die Stärkung von Eigentumsrechten reicht eben noch nicht aus, um die Interessen zukünftiger Generationen an einer intakten Umwelt und einem funktionierenden Ökosystem abzubilden. Ebenso kann man zwar gebetsmühlenartig wiederholen, dass der Sozialstaat nur denjenigen helfen soll, die unverschuldet in Not geraten sind, dann muss man aber auch durchdeklinieren, wie das aussehen soll. Keine kassenfinanzierte medizinische Hilfe bei Komplikationen bei einer gewollten Schwangerschaft oder für Lungenkrebspatienten, die Kettenraucher waren? Knie-Operationen nach Unfällen beim Skifahren nur gegen Vorkasse?

Doch vor solchen konkreten Antworten drückt sich Mayer, stattdessen schlägt er mit Hayek ein Parlament mit zwei Kammern vor, die eine für die Gesetzgebung, die andere für die Regierung. Erstere soll dann aus Mitgliedern im fortgeschrittenen Alter bestehen, die auch gleich für eine längere Zeit gewählt werden. Unterstützt werden sollen die Gesetzgeber durch einen Wissenschaftsrat, der, man ahnt es bereits, aus Wissenschaftlern gebildet werden soll, „die selbst keine eigene Denkschule begründet, aber die vorhandenen Denkschulen als unabhängige Geister kritisch begleitet haben und die den Zenit ihrer wissenschaftlichen Karriere überschritten haben“ (S. 209). Und spätestens bei dieser schmeichelnden Selbstbeschreibung ahnt man es:

Hier schreibt einer den Privilegienverlust fürchtender, bornierter älterer Mann, der es nicht versteht, warum sein fachmännischer Rat kein breites Gehör (mehr) findet, für Seinesgleichen. Eine Pflichtlektüre für Liberale? Mitnichten.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

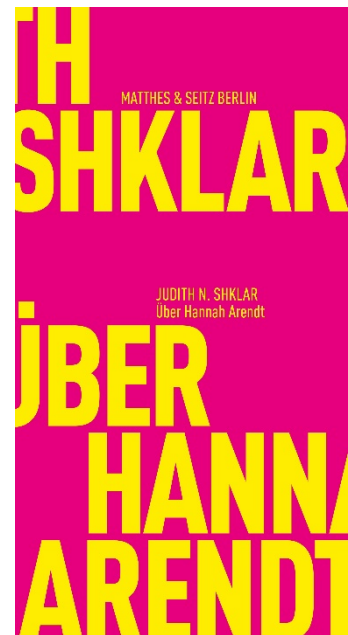


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Judith N. Shklar: Über Hannah Arendt.

Berlin: Matthes & Seitz, 2019, 190 S., ISBN: 978-3-95757-797-9

In Zeiten einer Ausgangssperre, die beschönigend „Ausgangsbeschränkung“ genannt wird und die die Gubernative gar nicht schnell genug verhängen konnte – wurde sie doch lautstark von all jenen gefordert, die anscheinend beherrscht werden wollen, weil sie sich selbst nicht beherrschen können – ist es ein besonders Vergnügen, Essays von Judith N. Shklar über Hannah Arendt zu lesen. Es wäre spannend zu erfahren, wie die beiden Philosophinnen und Ikonen des Liberalismus über das Verhalten des Staates einerseits und das Verhalten der Menschen andererseits in der sogenannten „Corona-Krise“ gedacht hätten – und dies zum einen im Kontext ihrer mehr oder weniger geschlossenen Theoriegebäude, zum anderen vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen von Krieg, Exil und existenzieller Bedrohung durch Antisemitismus.



So ähnlich wie das Leben der beiden Philosophinnen zunächst anmutet – beide waren sie deutschsprachige Jüdinnen aus dem baltischen Raum, die vor der Nazi Herrschaft in die USA flüchteten und sich in ihrer neuen Heimat einen akademischen Namen machten –, so unterschiedlich dachten sie. Während Hannah Arendt eine der Bekanntesten ihres Fachs ist, entdecken wir in Deutschland Judith N. Shklars Texte erst jetzt. Zu verdanken ist das insbesondere dem Philosophen Hannes Bajohr, der die beiden nun in seiner neuesten Shklar-Übersetzung für den Verlag Matthes & Seitz zusammenbringt. Die rund zwei Jahrzehnte jüngere Shklar hat sich ihr Leben lang mit Hannah Arendt auseinandergesetzt, um nicht zu sagen, sich an ihr abgearbeitet. Bajohr hat sechs Texte und Essays von Shklar über und zu Hannah Arendt, entstanden zwischen 1957 und 1984, ausgewählt und sie mit einem ausführlichen Nachwort versehen, um den Leser*innen die Gemeinsamkeiten, aber vor allem die Differenzen der beiden Denkerinnen nahezubringen. Dabei ist allerdings vorzuschicken, dass das kleine Büchlein vor allem etwas für Liebhaber*innen ist, vertiefte Kenntnisse der Arbeit beider Schlüssel zum Verständnis der Texte sind, für deren Übersetzung Bajohr erneut nicht genug gelobt werden kann. Durch seine Übertragung ins Deutsche haben sie nichts an ihrer Klarheit und Prägnanz, noch an ihrer Unvermitteltheit verloren.

So horchen wir auf, wenn Shklar Hannah Arendts Buch „Eichmann in Jerusalem“ als „amateurhaft“ abkanzelt und „Über die Revolution“ als „blamables Buch“ bezeichnet. Die Erkenntnis der „Banalität des Bösen“ sei im Grund nichts weiter als banal und letztlich auch nicht von Arendt als Erster erkannt und benannt. Und doch zeugen die Texte von Shklars großem Respekt für Arendt, die sie in den 1950er-Jahren in Harvard kennengelernt hat. Die polemischen Äußerungen stechen zwar hervor, aber sie sind nur vereinzelte Schlaglichter in den von Bajohr ausgewählten Essays, in denen Judith N. Shklar Hannah Arendt zwar zum Teil scharf kritisiert, aber

vor allem mit klarem Blick ihre Distanz zu der von ihr bewunderten Philosophin herausarbeitet – ohne dabei das Werk der anderen gänzlich vernichten zu wollen, sondern vor allem als Schablone, an der und gegen die sie ihren Liberalismus der Rechte erarbeitet hat. Eine zentrale Rolle spielt dabei ihre unterschiedliche akademische Sozialisation. Während Judith N. Shklar nach der Flucht ihrer Familie in Kanada zur Schule ging und dann in Kanada und den USA studierte und promovierte, ist Arendt in ihren Augen gefangen in der Metaphysik der europäischen Geschichte und hat einen von ihr gnadenlos abgelehnten Hang zur politischen Romantik.

Vor allem kritisiert Judith N. Shklar Hannah Arendts Vorstellung vom Individuum, das sich in der Massengesellschaft verliere, als snobistisch, elitär und nicht haltbar. Für Shklar sind die Massen nicht nur der pöbelnde, wutbürgernde Mob. Vielmehr gehören zu ihnen auch die Schwächsten der Gesellschaft, jene vulnerablen Personen, die es zu schützen gilt, wie sie in ihrem bekanntesten Werk, dem „Liberalismus der Furcht“, argumentiert. Vor diesem Hintergrund lässt sich vielleicht auch erahnen, wie unterschiedlich Arendt und Shklar das bewerten würden, was wir dieser Tage erleben. Von Shklar lernt man viel über Hannah Arendt. – Aber mehr noch: Beide geben Liberalen (Nach-)Denkkonzepte an die Hand, mit denen man sich auch dem aktuellen Krisenmodus nähern kann. Sie haben das Potenzial, eine gewinnbringende Grundlage für fruchtbare Analysen in der „Zeit danach“ zu sein.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

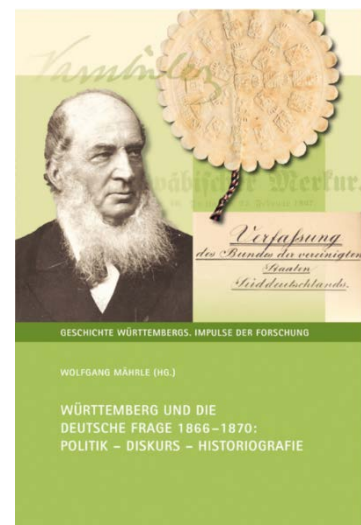


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Wolfgang Mährle (Hrsg.): Württemberg und die Deutsche Frage 1866-1870: Politik – Diskurs – Historiografie.

Stuttgart: Kohlhammer, 2019 (= Geschichte Württembergs. Impulse der Forschung, Band 5), 294 S., 14 Abb. u. 1 Karte, ISBN: 978-3-17-037530-1

Die Prozesse von Nationalstaatsbildung und Entstehung nationaler Identitäten bilden ein erhellendes und breit rezipiertes, daher auch sehr beliebtes Untersuchungsfeld historischer Forschung. Insbesondere in der deutschen Geschichtswissenschaft, die in ihrer borrussischen Ausprägung im späteren 19. und frühen 20. Jahrhundert durchaus eine deutliche geschichtspolitische Dimension annahm, wurde die Frage nach der Nation als Triebfeder oder Hemmschuh geschichtlicher Entwicklung in einer längst unüberschaubaren Zahl an Publikationen verhandelt. Mit dem Erscheinen eines Bandes mit dem Titel „Württemberg und die Deutsche Frage 1866-1870“ trat eine neue hinzu, die die Ergebnisse einer Tagung des Arbeitskreises für Landes- und Ortsgeschichte im Verband der württembergischen Geschichts- und Altertumsvereine in der noch jungen Schriftenreihe „Geschichte Württembergs. Impulse der Forschung“ versammelt.



Durch den Fokus auf das Königreich Württemberg, seine Rolle und Entwicklung während der Formierungsphase des deutschen Kaiserreichs sowie auf die zeitgenössischen Diskurse um Nation und Souveränität knüpft die Veröffentlichung einerseits an Adolf Rapps Standardwerk „Die Württemberger und die nationale Frage 1863-1871“ von 1910 an und ergänzt andererseits den aktuellen Forschungsstand um vielfältige Erkenntnisse. Die insgesamt elf Beiträge, die sich Fragestellungen der Außenpolitik, Diplomatie- und Militärgeschichte ebenso widmen wie ausgewählten Beispielen lokalhistorischer Betrachtungen sowie historiographischen und diskursanalytischen Einordnungen, umfassen dabei ein breites thematisches Spektrum.

In einer knappen Einführung schildert der Herausgeber Wolfgang Mährle Idee, Anliegen und Aufbau der Tagung, die im November 2017 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart stattfand, und umreißt darin den Rahmen der vorliegenden Publikation. Darin konstatiert er, dass „die Nationalstaaten, die in den vergangenen beiden Jahrhunderten entstanden, der politischen Landkarte des Kontinents bis heute ihre spezifische Kontur verleihen“ (S. 7) und daher einen ungebrochen relevanten Untersuchungsgegenstand repräsentieren. Aber ebenfalls weist er auf den wichtigen Umstand hin, dass gerade im noch jungen Königreich Württemberg mit seinen zahlreichen territorialen Wurzeln im Alten Reich durchaus Sympathien für Alternativen zu einer kleindeutschen Lösung vorhanden waren.

Im einleitenden Beitrag befasst sich Gabriele Clemens mit den nationalen Diskursen und Massenbewegungen anhand deutscher und italienischer Beispiele zwischen 1770 und 1870 und ordnet diese in vergleichender Perspektive in die aktuelle europäische Nationalismusforschung

ein. In ihren Ausführungen betont sie insbesondere die Etablierung nationaler Identitäten von „oben“, etwa durch die Förderung einer national orientierten Geschichtsschreibung und Denkmalpflege bis hin zu „Versuchen, die Geschichtsvereine für die Schaffung patriotischer Haltungen zu instrumentalisieren“ (S. 27). Diese Einflussnahme der Monarchien verfiel ihrer Einschätzung zufolge doch so sehr, dass selbst die Geschichtswissenschaft sich lange v. a. mit der Staatssymbolik und Ikonographie beschäftigte, ohne auch Fragen ihrer kritischen Rezeption oder gar gegenläufiger Tendenzen in den Blick zu nehmen. Während Clemens' Beitrag auch methodologische Aspekte der Erforschung der Deutschen Frage verfolgt und somit ein solides Fundament für die nachfolgenden Aufsätze legt, treten dort dann einzelne Aspekte der Außenpolitik Württembergs in den Vordergrund.

So beschreibt Jürgen Müller den Aktionsradius Württembergs in der Zeit des Norddeutschen Bundes zwar als souveränen Staat, der „durch seine geographische Lage und seine ökonomische Einbindung“ (S. 48) in den preußisch dominierten Zollverein jedoch kaum Handlungsspielräume auf internationaler Bühne besaß. Diesem handbuchähnlichen Artikel schließen sich zwei nicht minder solide und spannende Beiträge zur württembergischen Diplomatiegeschichte an: Zum einen Nicole Bickhoffs biographisches Porträt des königlich-württembergischen Gesandten Carl von Spitzemberg in Berlin sowie die Analyse der bayrisch-württembergischen Beziehungen bis 1871 aus der Feder von Gerhard Hetzer. Neben ihrer thematischen Verwandtschaft ist beiden Texten gemein, dass sie in weiten Teilen direkt aus den Quellenbeständen der Hauptstaatsarchive in Stuttgart bzw. München gearbeitet sind. Bickhoff zeichnet Spitzemberg als geschmeidigen, dennoch prinzipienfesten Mann, dem es gelang, im Machtzirkel zwischen Thron und Außenamt in Stuttgart und der Bismarckschen Kanzlei in Berlin ein Vertrauensverhältnis zu schaffen, das Württembergs Stellung im Zuge der Reichsgründung trotz des Verlusts der Souveränität stabilisierte. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Hetzer, der in seiner detaillierten Schilderung der Ereignisse zunächst das Scheitern der Idee eines Südbundes sowie die Verhandlungen zur Verfassung des Deutschen Zollvereins darstellt, ehe er das Auseinanderfallen der bayrischen und württembergischen Positionen beim Eintritt in den Norddeutschen Bund nachzeichnet.

Mit diesem Ereignis verbunden waren verschiedentlich die Militärreformen in den beiden süddeutschen Staaten. Diese untersucht Dieter Storz und fördert im Kontext der politischen Geschichte dabei erstaunliche Erkenntnisse zutage, wie etwa die „bemerkenswerte Flexibilität“ Bismarcks bei dem „Bestreben, die süddeutschen Armeen der preußischen anzugleichen“ (S. 127), indem eigene Kriegsministerien und nachgeordnete Verwaltungen erhalten blieben, auch wenn die „Verpreußung“ des Militärs in der bayrischen und württembergischen Bevölkerung argwöhnisch beobachtet wurde.

In dem „Deutsch und christlich wollen wir sein“ überschriebenen Aufsatz von Tilman M. Schröder werden die innerkirchlichen Entwicklungen und Diskurse der württembergischen Landeskirche im Spiegel der Auseinandersetzung um die nationale Frage aufgearbeitet. Der Autor versteht es dabei glänzend, die Bedingungen unter dem königlichen Summepiskopat und die verschiedenen Haltungen in einzelnen Strömungen der Landeskirche zu charakterisieren, die „zwischen Preußenverehrung und Preußenverdammung“ (S. 144) changierten. Insbesondere seine Aussagen zum Geschichtsbild im Pietismus und dessen daraus resultierende Nähe zu einer Führungsrolle Preußens sind erhellend.

Auf den nächsten knapp siebzig Druckseiten wird der Reichsgründungsprozess beispielhaft anhand zweier mikrohistorischer Studien beleuchtet: Während sich Michael Wettengel in seinem Beitrag den Auseinandersetzungen um die Deutsche Frage in der vormaligen Reichsstadt und Bundesfestungsstadt Ulm widmet, untersucht Michael Hoffmann diese für die katholisch geprägte, ostwürttembergische Kleinstadt Ellwangen. Unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Parteien in den beiden Städten und ihrer Erfolge bei Wahlen gelangen die His-

toriker zu den interessanten Ergebnissen, dass „die nationalliberale Deutsche Partei in Ulm zunächst mobilisierungstärker“ (S. 184) war als die Vertreter einer großdeutschen Lösung, während im katholischen Ellwangen der evangelische Kandidat der Linksliberalen, Moritz Mohl, mit seinem Eintreten für eine Lösung unter Einschluss Österreichs große politische Erfolge feiern konnte.

Darauf folgen zwei rezeptionsgeschichtliche Betrachtungen der Deutschen Frage in Württemberg und Einordnungen in die Historiographie: Michael Kitzing befasst sich in seinem Beitrag mit der bereits erwähnten Darstellung des Tübinger Historikers Adolf Rapp, Tobias Hirschmüller hingegen untersucht die Behandlung Württembergs im Werk Heinrich von Sybels. Rapps Studie stellt Württemberg zwischen 1863 und 1871 ganz ins Zentrum und kann daher auch als maßgebliche Monographie zur Thematik gelten, deren Kernaussagen von Kitzing in klarer Struktur wiedergegeben und am aktuellen Forschungsstand gemessen werden. Hirschmüller weist in seinem Beitrag zu Recht darauf hin, dass die Politik Württembergs im siebenbändigen Werk von Sybels „Die Begründung des Deutschen Reichs durch Wilhelm I.“ kaum Beachtung fand, dessen wissenschaftliche Qualität aufgrund seines tendenziösen Zugangs zu hinterfragen sei. Seine Begrenzung und Überhöhung der preußischen Perspektive führte dazu, dass sein Werk freilich nicht „Forschungsstand – wenn er dies überhaupt je war – sondern Forschungsgegenstand“ (S. 269) sei.

Im letzten Teil des Buches greift der Doyen der Liberalismus- und Nationalismusforschung in Deutschland, Dieter Langewiesche, nochmals den vergleichenden Ansatz auf und kontrastiert die Geschichte Württembergs als Teil des föderativen Nationalstaats mit den Entwicklungen in Italien und der Habsburger Monarchie im gleichen Untersuchungszeitraum. Sein mit zahlreichen Hinweisen auf die weiterführende Literatur ausgestatteter Beitrag bilanziert in kursorischem Stil die Ergebnisse der Tagung und gibt zudem Impulse für die weitere Erforschung der Reichsgründungsphase aus landesgeschichtlicher Perspektive. Auch wenn gerade aus Sicht der historischen Liberalismus-Forschung spannende Fragen, wie etwa nach der Rolle der Württembergischen Volkspartei um Karl Mayer, Ludwig Pfau und Julius Haußmann oder die Entwicklung von Gewerbe, Industrie und Handel nicht zur Behandlung kamen, wurde mit der in nobler Aufmachung vorliegenden Publikation, deren Einzelbeiträge allesamt mit großem Gewinn zu lesen sind, ein nicht unerheblicher Teil an Forschungslücken geschlossen.

Stuttgart/Tübingen

Jochen Merkle



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

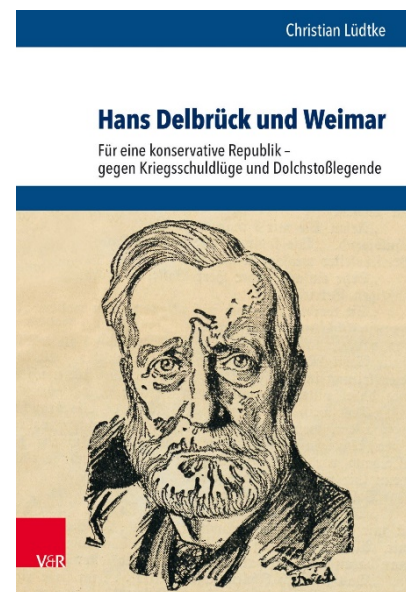
Christian Lüdtkke: Hans Delbrück und Weimar. Für eine konservative Republik – gegen Kriegsschuldfrage und Dolchstoßlegende.

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2018 (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Band 99), 408 S., ISBN: 978-3-525-37063-6

Wiewohl ein ungemein produktiver Verfasser von Büchern, Aufsätzen und Artikeln und überdies Herausgeber eines sehr einflussreichen Journals ist der Militärgeschichtler und Publizist Hans Delbrück neunzig Jahre nach seinem Tod außerhalb der Geschichtswissenschaft weitgehend in Vergessenheit geraten. Mit seiner Bonner Dissertation rückt ihn Christian Lüdtkke nun verdienstermaßen wieder in den Vordergrund.

1848 geboren, führte Hans Delbrück nach seinem Studium in Heidelberg und Bonn, wo er von Heinrich von Sybel mit einer mediävistischen Arbeit promoviert wurde, und Teilnahme am Deutsch-Französischen Krieg der Weg nach Berlin, wo er zunächst als Prinzenenerzieher tätig war und 1885 eine außerordentliche Professur erhielt. 1895 folgte er dann Heinrich von Treitschke auf den damals vielleicht angesehensten Lehrstuhl der Geschichtswissenschaft, auf dem einst Leopold von Ranke gesessen hatte. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern trat Delbrück dafür ein, die Militärgeschichte als Teil der zivilen Geschichtswissenschaft zu betrachten und nicht mehr dem Militär selbst zu überlassen. Auch wenn ihm dabei viel Widerstand entgegenschlug, stieg er dennoch zum führenden Fachmann für Kriegsgeschichte auf. Als Herausgeber der Preußischen Jahrbücher, die er ebenfalls von Treitschke „geerbt“ hatte, war er publizistisch sehr einflussreich, zudem gestaltete er auch als Abgeordneter der freikonservativen Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus (1882-1885) und im Reichstag (1884-1890) zeitweise aktiv die Politik mit.

Obwohl Hans Delbrück dem wilhelminischen Reich alles andere als distanziert gegenüberstand und in ihm ein nahezu ideales Staatsgebilde sah, stellte er sich nach dem Zusammenbruch von 1918 als sogenannten „Vernunftrepublikaner“ fest auf den Boden der Weimarer Republik. Mehr noch: Delbrück engagierte sich mit all seiner Wortgewalt für die Erhaltung und Stärkung der Republik. Dies tat er vor allem in den zeitgeschichtlichen Debatten, die für das Selbstverständnis und das Überleben der Republik von grundlegender Bedeutung waren, in der Kriegsschuldfrage und der Dolchstoßlegende. Delbrück wollte durch die Widerlegung der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands, wie sie im berüchtigten Kriegsschuldparagraphen 231 des Versailler Vertrag festgelegt worden war, eben jenem Vertrag die Grundlage entziehen und seine Revision einläuten. Diese Revision sollte die Gleichberechtigung Deutschlands in der internationalen Politik bringen und die Völkerverständigung ermöglichen. Delbrücks Engagement gegen die Dolchstoßlegende zielte vor allem darauf ab, die wahren Verantwortlichen der militärischen Niederlage zu benennen und nicht aus der politischen Verantwortung zu entlassen.



Zudem sollten dadurch die aus seiner Sicht staatsgefährdenden Zirkel in Teilen des Militärs und um Ludendorff zurückgedrängt werden. Mit seinem Engagement gegen die Dolchstoßlegende bewies er eine Analysefähigkeit, die den meisten Konservativen der 1920er Jahre abging. Nicht die Revolution und damit indirekt die Republik waren schuld an der Niederlage des Deutschen Reichs, sondern die fanatische und annexionistische Militärführung. Und so bekämpfte der national gesinnte Delbrück nicht die Republik, sozialistische Internationalisten oder die Vordenker der europäischen Bewegung, sondern die fanatischen Nationalisten.

Die Arbeit Lüdtkes ist trotz des skizzierten, sicherlich bemerkenswerten Lebenslaufs Delbrücks keine Biografie – Lebensdaten und Familiäres werden auf wenigen Seiten abgehandelt, – sondern ein Beitrag zur Geschichte der politischen Kultur in Weimar. Im Fokus der Arbeit steht das Engagement Delbrücks für eine konservative Republik. Als Quellenbasis dient der bislang kaum ausgewertete Nachlass Hans Delbrücks. Es werden vor allem Briefe aus den Jahren nach 1919, aber auch etwa Zeitungsartikel, Gerichtsakten und Notizen herangezogen. Die Ziele hat sich Lüdtkes hochgesteckt: „Die Analyse von Delbrücks politischem Engagement erfüllt den Zweck, die Verschiebung der politischen Grundachse im Deutschen Reich differenziert herauszuarbeiten“ (S. 14).

Die zugrundeliegende These Lüdtkes, dass Delbrück ein in seinen Ansichten unverrückbarer Konservativer gewesen sei, wirft natürlich die Frage auf, inwiefern die vorliegende Arbeit ein Beitrag zur Liberalismus-Forschung sein kann. Auch wenn Lüdtkes Delbrück uneingeschränkt als konservativ verortet, ist dies bei anderen Beobachtern keineswegs unumstritten. Grundverschiedene Einordnungen zwischen liberal, konservativ und gouvernemental wurden getroffen (vgl. S. 10 f.) und sind angesichts der Vita Delbrücks verständlich. So saß er während der Kaiserzeit für die Freikonservativen im Parlament, unterstützte jedoch bei den Reichstagswahlen 1924 die Deutsche Demokratische Partei (DDP). Eine einseitige Einordnung als „später“ Liberaler ist jedoch, gelinde gesagt, auch problematisch, da seinen politischen Ansichten eine tiefe Staatsgläubigkeit und ein ambivalentes Verhältnis zu den allgemeinen Menschenrechten zugrunde lagen. So schrieb er:

„Es sind immer beide Sätze gleich wahr; der Mensch ist frei und er ist unfrei; die Menschen sind gleich und sie sind ungleich; der Mensch hat das ewige Recht, seine Freiheit zu verteidigen und der Inhaber der Staatsgewalt hat das ebenso ewige Recht, ihm zu befehlen und ihn zu verwenden und ihn sogar zu opfern.“¹

Nichtsdestotrotz sind durchaus liberale Grundzüge im Denken Delbrücks erkennbar, die hier auch mehrmals herausgearbeitet werden. So besaß Delbrück auch in hohem Alter stets eine bemerkenswerte Offenheit für Neues. Als das von ihm gepriesene System des Kaiserreiches unterging, zog er sich weder in Verbitterung aus der Politik zurück noch versuchte er, rein „reaktionär“ zu agieren. Vielmehr verteidigte er die neue Republik gegen die Ewiggestrigen. Auch stellte er sich als Publizist auf die wandelnde Medienwelt ein, verkaufte nach dreißig Jahren Allein-Herausgabe 1919 die Preußischen Jahrbücher, und nutzte fortan die aufstrebenden Medien wie Zeitung und Radio. Zudem plädierte er stets für Mäßigung und Vernunft und gegen ideologische Überheblichkeit. Auch hatte Delbrück vielfältigen Kontakt zu liberalen Personen und Kreisen. So veröffentlichte er beispielsweise regelmäßig im liberalen Berliner Tageblatt, stand im regen Austausch mit dessen Chefredakteur Theodor Wolff, wurde von Theodor Heuss hochgeachtet und wurde 1927 als Referent zum Reichsparteitag der DDP eingeladen.

¹ Hans Delbrück: Weltgeschichte. Vorlesungen, gehalten an der Universität Berlin 1896/1920: Vierter Teil: Neuzeit. Die Revolutionsperiode von 1789 bis 1852. Berlin 1927, S. 65 f.

Über die Quellenauswahl Lüdtkes werden die Abläufe öffentlicher politischer Auseinandersetzungen beleuchtet, wie die Publikation von Zeitungsbeiträgen oder der Austausch Delbrücks mit politisch nahestehenden Intellektuellen. Besonders die internationalen Auseinandersetzungen Delbrücks zur Kriegsschuldfrage mit ausländischen Wissenschaftlern, die in verschiedenen internationalen Zeitschriften und Zeitungen abgedruckt wurden, sind dabei hochinteressant. In der großen Mehrheit werden diese durch ein Aneinandervorbeireden ohne Empathie und Verständnis geprägt und stehen dabei stellvertretend für die scheinbar unvereinbaren nationalen Wahrnehmungen dieser Zeit. Auch Delbrück kann sich in diesen Auseinandersetzungen nicht von seiner patriotischen Befangenheit befreien.

Die Herangehensweise Lüdtkes, die politische Kultur Weimars über das Wirken des Intellektuellen Delbrück zu analysieren, seine Biografie jedoch weitestgehend außer Acht zu lassen, ist erfrischend und fruchtbar, an einigen wenigen Stellen jedoch unbefriedigend. So werden sehr persönliche Berührungspunkte Delbrücks zum Militär wie die Teilnahme am Deutsch-Französischen Krieg, der Tod seines Sohnes im Ersten Weltkrieg und die Reibungen zwischen ihm und den damaligen Militärhistorikern, denen er ihre Disziplin entriss, kaum reflektiert. Vielleicht würden diese Berührungspunkte zum Krieg und zur Militärelite zusätzliche persönliche Erklärungen für sein Engagement in den Debatten um Kriegsausbruch und militärische Niederlage des Deutschen Reichs liefern. Erklärungen, die man sich als Leser nach 400 Seiten über eine faszinierende Persönlichkeit gewünscht hätte. Außerdem wirkt der Anspruch Lüdtkes, anhand nur einer Person und auf nur 400 Seiten die Verschiebung der gesamten politischen Grundachse Weimars zu analysieren, etwas hoch gesteckt. Zwar war Delbrück eine herausragende Persönlichkeit seiner Zeit und in einige zentrale Auseinandersetzungen verwickelt, dennoch wirft die Arbeit eher aufschlussreiche Schlaglichter auf den Rechtsruck Weimars, als dessen vollständige Analyse zu liefern. Neben der Beleuchtung der politischen Kultur in Weimar arbeitet Lüdtkes auch stets die Bedeutung Delbrücks als Intellektuellen heraus und würdigt dessen Leistungen. So schreibt er es vor allem Delbrück zu, dass Ludendorff in der Weimarer Republik keinen bedeutenden politischen Einfluss erlangen konnte (vgl. S. 399).

Die vorliegende Arbeit ist ein sehr lesenswerter Beitrag zur Geschichte der politischen Kultur in Weimar, die dazu noch eine bemerkenswerte Persönlichkeit zurück in den Fokus rückt. Dabei bleibt Lüdtkes stets auf kritischer Distanz zu Delbrück und bewertet dessen Handeln fortlaufend positiv wie auch negativ. Trotz der sehr detaillierten Aufarbeitung des Wirkens Delbrücks, ist das Buch dennoch angenehm zu lesen und durch Erklärungen von Kontextwissen und Fachbegriffen in ausführlichen Fußnoten auch für interessierte Laien empfehlenswert. Mit seiner These, dass eine konservative Republik nach den Vorstellungen Delbrücks widerstandsfähiger gegen rechts und damit erfolgversprechender als der „linksliberale Weg“ (S. 396) gewesen wäre, entwirft Lüdtkes außerdem ein hochinteressantes Szenario, das auf eine weitere Diskussion über die Arbeit und die Rolle Delbrücks hoffen lässt.

Hamburg

Manuel Rieger



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Peter Hoeres: *Zeitung für Deutschland. Die Geschichte der FAZ.*

München: Benevento, 2019, 598 S., ISBN: 978-3-7109-0080-8

Eine bis in die Gegenwart reichende Geschichte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) ist schon allein wegen des Quellenreichtums eine Herausforderung. Bedenkt man zudem, wie stark das Thema dem Streit der Meinungen unterworfen ist, kann man leicht mutlos werden. Da helfen nur Entscheidungsfreude, Selbstvertrauen und der Mut zur Lücke. Der Würzburger Medien- und Ideenhistoriker Peter Hoeres rückt dem Thema mit drei Schwerpunktsetzungen zuleibe. Als erstes fragt er nach den Erinnerungen der Zeitgenossen, zum zweiten geht es ihm um die Analyse der internen ungedruckten Quellen und schließlich gilt seine Aufmerksamkeit der Außenwahrnehmung der FAZ. Die Ergebnisse der Untersuchung sind faszinierend.

Seit der Gründung im Herbst 1949 bestimmte der überzeugte Marktwirtschaftler Erich Welter die politische Ausrichtung der FAZ. Angesichts der Beliebtheit kollektivistischer Vorstellungen in der frühen Bundesrepublik war dies keine Selbstverständlichkeit. Doch die „Brigade Erhard“ fühlte sich dem Ordoliberalismus und insbesondere dem „Konzept einer Sozialen Marktwirtschaft“ (S. 49) verpflichtet. Vertrauen brachte man dem Freiburger Gelehrten Walter Eucken entgegen, der den Sozialstaat zwar als wünschenswerte Konsequenz einer erfolgreichen Ökonomie, aber nicht als Primärziel betrachtete. Aufgeschlossenheit gegenüber modernen Trends legte das Feuilleton an den Tag, wo Karl Korn Schrittmacherdienste für den Erfolg Heinrich Bölls leistete oder „existentialistische Argumente“ (S. 44) Sartres diskutierte.

NS-belastete Journalisten fanden bei der FAZ wie bei anderen Blättern gelegentlich ein Unterkommen; als gänzlich indiskutabel betrachtete man aber in Frankfurt die „Verklärung“ (S. 79) des Nationalsozialismus. Ausdrücklich wandte man sich gegen Antisemitismus und „seelische Taubheit“ (S. 81), die sich mit dem Bekanntwerden der NS-Verbrechen ausbreitete. Es war allerdings hochgradig ambivalent, dass der Erfinder dieses eindrucksvollen Bildes sich im Dritten Reich ausgesprochen positiv zur Güte von Veit Harlans Film *Jud Süß* geäußert hatte. Dementsprechend heftig wurde Karl Korn attackiert, der sich ebenso ungeschickt wie uneinsichtig verteidigte. Theodor Heuss, der ihn anfangs unterstützte, war über das Ausmaß der Apologie erschüttert.

Vielleicht das wichtigste Markenzeichen der FAZ war ihre prowestliche Orientierung. Exemplarisch sei an die Auffassung des promovierten Historikers Günther Gillissen erinnert, der die „Abkehr vom Westen [...] seit den napoleonischen Kriegen“ (S. 127) als entscheidenden Fehler der deutschen Geschichte brandmarkte. Daneben ist in der Hochzeit des Kalten Krieges die sachliche Berichterstattung auffällig. Man benannte politische Motive und Interessen, hielt sich



aber mit Ratschlägen oder Kritik zurück. Dies war selbst beim Mauerbau der Fall, als das Verhalten der Westmächte von manchem Redakteur als enttäuschend empfunden wurde. Freilich besaß man in der *Zeitung für Deutschland* einen ausgeprägten Sinn für das Machbare und wusste um die Wichtigkeit dauerhafter amerikanischer Unterstützung. Überdies hegte man keine Illusionen über die sowjetische Außenpolitik, die den Staaten des Warschauer Pakts kaum Bewegungsfreiheit ließ. Auch aus diesem Grund intensivierte die FAZ ihre Ostblockberichterstattung. Generell überwog ein nüchterner Realismus. So zweifelten die meisten Redakteure in den 60er Jahren nicht, dass die Zeit des Kolonialismus in Afrika abgelaufen sei. Nicht immer stimmte jedoch der Zungenschlag. Ein drastisches Negativbeispiel waren die Artikel des Wirtschaftsredakteurs Ernst Kobbert. Er lobte sogar Leopold II., dessen Schreckensherrschaft im Kongo Millionen Menschen das Leben gekostet hatte, für seine ökonomische „Weitsicht und Klugheit“ (S. 145).

Das Feuilleton brachte Schlüsselfiguren der „Konservativen Revolution“ wie Ernst Jünger oder Carl Schmitt erhebliches Interesse entgegen. An ihnen schätzte man neben der sprachlichen Virtuosität die Angriffe auf Gemeinplätze der bundesrepublikanischen Wohlstandsgesellschaft. Der Nachkriegsmoderne stand man in Frankfurt positiv gegenüber. Pars pro toto sei auf die Rückendeckung eines Redakteurs hingewiesen, der die angeblich pornographischen Filme Ingmar Bergmans energisch verteidigt hatte. Die „Aktion Saubere Leinwand“ konnte bei der FAZ nicht mit Sympathien rechnen. Welchen Stellenwert sich das Blatt erarbeitet hatte, zeigte die Haltung anderer Zeitungen, die trotz aller Kritik häufig auf Themen der FAZ setzten. Diese Diskursführerschaft geriet Ende der sechziger Jahre unter Druck.

Als starke Belastung stellte sich die Identifikation mit der „amerikanische[n] Perspektive“ (S. 214) im Vietnamkrieg heraus. Das hätte kein besonderes Problem sein müssen, denn anfangs neigte man von der *Süddeutschen Zeitung* bis zur *Zeit* zu dieser Haltung, doch in der FAZ hielt man allzu lange an der einmal eingenommenen Position fest. Dies war auch eine Folge der Schlüsselstellung Albert Weinsteins. Bei aller Sachkenntnis konnte der Militärexperte noch Anfang 1975 „nicht klar absehen“

(S. 217), dass das Ende der südvietnamesischen Regierung nur eine Frage der Zeit war. Generell musste man sich bei der FAZ eingestehen, dass das Blatt zunehmend zum verstockten Establishment gerechnet wurde. Angesichts der Unterschiedlichkeit der Ressorts war dies kein faires Urteil, aber die Veränderung des Meinungsklimas ließ sich auch nicht ignorieren. Der Neubeginn verband sich mit wenigen Namen. Die wichtigste Personalie war, dass Joachim Fest Herausgeber des Feuilletons wurde. Der ehemalige Panorama-Redakteur sorgte rasch für frischen Wind in der Redaktion, die Marcel Reich-Ranicki als neuen Kollegen bekam. Doch trotz des Welterfolgs seiner Hitler-Biographie musste Fest bald die Grenzen seiner Macht erkennen. Sein ehemaliger Schützling Reich-Ranicki avancierte in der bundesrepublikanischen Literaturkritik zur Institution und betrachtete Fests verstehenden Historismus äußerst skeptisch. Ihm ging es angesichts von nationalsozialistischer Schreckensherrschaft in Europa und des Holocausts um längst überfällige moralische Urteile. Im „Historikerstreit“ standen Fest und Reich-Ranicki auf entgegengesetzten Seiten. Die provozierenden Äußerungen Ernst Noltes über die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung und die ebenso ernsthaft empörten wie strategisch kalkulierten Reaktionen von Jürgen Habermas und Hans-Ulrich Wehler schlugen hohe Wellen. Bei Hoeres wird nicht nur die zentrale Bedeutung dieser vergangenheitspolitischen Frage, sondern auch das Ausmaß menschlicher Erbitterung deutlich. Er ist sich sicher, dass die sehr persönlich geführte Auseinandersetzung die intellektuelle Kultur nachhaltig polarisierte.

Hoeres besitzt eine ausgeprägte Sympathie für die konservative Liberalität der FAZ. Dementsprechend skeptisch wird die Wirkung von Frank Schirrmacher beurteilt. Bei allem Ideenreich-

tum hätten dem früh verstorbenen Herausgeber doch innere Ruhe und Sinn für Kontinuität gefehlt. Dass Schirrmacher mit seiner Impulsivität und seinem Willen zur Debatte erfolgreich Themen setzte, wird freilich auch von Hoeres nicht bestritten. Im Grunde zeigte die Suche nach immer neuen inhaltlichen Schwerpunkten, dass es um die Jahrtausendwende mit nennenswerten Gewinnmargen im Qualitätsjournalismus vorbei war. Der Anzeigenmarkt verlagerte sich ins Internet, und damit brachen entscheidende Einnahmequellen weg. Hinzu kam, dass die FAZ den Beginn des Internetzeitalters schlicht verschlafen habe, was an gescheiterten Projekten und sinkender internationaler Resonanz ablesbar gewesen sei. 1999 traf die Zeitung mit einwöchiger Verspätung in der New Yorker Bibliothek ein, während andere deutsche Blätter schon am Bildschirm zu lesen waren. Mittelfristig gelang es jedoch, die Probleme der neuen Ära schrittweise in Angriff zu nehmen, während das symbolische Kapital als vorurteilsfreie Qualitätszeitung erhalten blieb. Spätestens seit der Jahrtausendwende lassen sich von Heike Göbel bis Felicitas von Lovenberg auch einflussreiche Journalistinnen finden. Neben der thematischen Bandbreite spricht dies für Hoeres' Auffassung, gerade der „Binnenpluralismus“ sei ein „Alleinstellungsmerkmal der FAZ“ (S. 425).

Natürlich lässt sich bei einer so thesenfreudigen Arbeit mancherlei einwenden. Die negative Einschätzung der Vergangenheitspolitik Joschka Fischers dürfte ebenso strittig sein wie das generelle Urteil über die rot-grüne Regierung. Auch en détail fühlt man sich mehr als einmal zum Widerspruch aufgefordert. Der Rezensent hält beispielsweise die Ansicht, Reich-Ranickis Literaturkritik habe vor allem gängige Sichtweisen bestätigt, selbst für ein Klischee. Doch ist dies angesichts der hart erarbeiteten und spannend geschriebenen Gesamtdarstellung wirklich wichtig? Reich-Ranicki hätte sich jedenfalls gefreut, dass eine Geschichte der FAZ, die auf lange Zeit das Maß der Dinge bleiben dürfte, alles andere als langweilig ist.

Marburg

Ulrich Sieg



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Hans Fenske: Der deutsche Liberalismus. Ideenwelt und Politik von den Anfängen bis zur Gegenwart.

Hamburg: Lau-Verlag, 2019, 866 S., ISBN: 978-3-95768-207-9

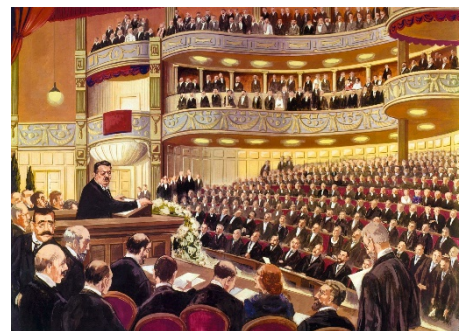
Anzuzeigen gilt es hier die umfassende Untersuchung von Hans Fenske über die Geschichte des Liberalismus in Deutschland. Das hier nur große Schritte der Untersuchung besprochen werden können, versteht sich bei dem vorliegenden 866 Seiten starken Band von selbst. Deshalb sei hier die Untersuchung nach ihrer inhaltlichen Gliederung vorgestellt und einzelne Teile näher besprochen.

Fenske hat sich dem verdienstvollen Thema zunächst über den Begriff des Liberalismus genähert und ihn in der europäischen Gedankenwelt des späten 18. Jahrhunderts verortet, wo die liberalen Ideen „von außerordentlicher Bedeutung“ (S. 13) waren. Hier ging es, wie Fenske richtig betont, nicht nur um eine Verfassungsbe-
wegung. Liberalismus war immer mehr, es war eine Ideenwelt, die die Freiheit des Einzelnen als zentrales Merkmal einer Gesellschaftsordnung begriff.

Nach der Analyse der Grundlegung liberaler Konzepte und des ersten Schrifttums in England (S. 23-54) widmet sich der Autor dem Frühliberalismus 1720-1789 (S. 55-106) und geht hierbei auf neuzeitliche Kommunikations- und Verbreitungsformen von Schrifttum ein, benennt und analysiert detailliert frühe Akteure des Liberalismus wie Moser, Schlözer, Pfeiffer und andere, die er als die „wirkungsmächtigsten Frühliberalen“ (S. 106) betitelt und wagt ebenfalls einen Blick wiederum auf englische und nordamerikanische liberale Konzeptionen.

Das vierte Kapitel widmet sich dem deutschen Liberalismus im Kontext von 1789 und Napoleons (S. 107-156). Die Französische Revolution und die Bemühungen um eine Umwälzung der politischen Verhältnisse wurden in Deutschland durchaus rezipiert und trugen zu einer Politisierung der Öffentlichkeit bei, die auch den deutschen Liberalen Zuspruch brachte. Dennoch, so Fenskens Urteil: „...inhaltlich hatte sie für das liberale Konzept jedoch keine Bedeutung. Es war vor 1789 längst ausgebildet und weithin bekannt“ (S. 112).

Der „frühen Verfassungsstaatlichkeit“ und ersten Organisationsformen Liberaler mit besonderer regionaler Schwerpunktsetzung widmet sich das fünfte Kapitel (S. 157-232). Fenske beschreibt die Zeit zwischen 1815 und 1848 als Zeit gewaltiger Umbrüche und Probleme, in der der Liberalismus die „breiteste Meinungsströmung“ mit wachsender „Resonanz liberaler Anschauungen“ (S. 159) und Erfolge gewesen sei.



Hans Fenske

Der deutsche Liberalismus

Ideenwelt und Politik von den
Anfängen bis zur Gegenwart

OLZOG
edition



Die 1848er Revolution und der Einfluss der Liberalen auf ihren Verlauf steht im Vordergrund des sechsten Kapitels (S. 233-308). Die Erkenntnis, dass im Zuge der Revolution von 1848 die Liberalen mehr Reformer denn Revolutionäre waren, bestätigt auch Fenske in diesem Kapitel.

Das siebte und achte Kapitel umfassen die Spätzeit des Deutschen Bundes und den Norddeutschen Bund. Schwerpunkt beider Kapitel liegen auf dem Vereinswesen, der Presse und dem Verfassungskonflikt in Preußen, letztlich der Verfassungsgebung und der Haltung der Liberalen zu ihr (S. 309-422).

Im neunten Kapitel wird das deutsche Parteiensystem allgemein und die Verfasstheit der liberalen Parteien speziell im deutschen Kaiserreich analysiert (S. 423-502). Die Situation liberaler Parteien in den Weltkriegen untersucht das zehnte Kapitel. (S. 503-610). Kapitel elf und zwölf schließlich behandeln den Neubeginn liberaler Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg, wenn auch die Parteigeschichte der Liberalen in der DDR kaum zu Wort kommt. Die Geschichte der Liberalen nach dem Zweiten Weltkrieg, die Untersuchung endet 2018, liest sich wie eine Geschichte des westlichen Liberalismus. Der – fehlgeleitete – ostdeutsche Liberalismus wurde leider ab den 60er Jahren ausgespart und fehlt somit in der Geschichte des Liberalismus nach 1945. Somit gerät die Geschichte des Liberalismus nach 1945 in eine gewisse Schieflage.

Während in den ersten Teilen des Buches noch Ideen des Liberalismus formuliert werden und dezidiert auf Programmatik eingegangen wird, kommen diese im Teil nach 1945 zu kurz. Dies gilt besonders für programmatische Differenzen in der FDP, die ja sogar zu – zwar parlamentarisch nicht erfolgreichen – Abspaltungen geführt hat. Wenig analysiert wurde die Arbeit der liberalen Frauen, das verwundert doch sehr, haben die Liberalen doch mit Marie-Elisabeth Lüders, Marie Baum, Gertrud Bäumer, Hildegard Hamm-Brücher, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und auch Linda Teuteberg durchaus Parlamentarierinnen, die die Geschichte der Bundesrepublik und des Liberalismus insgesamt beeinflusst haben.

Am Ende der Lektüre bleibt das Gefühl einer hervorragenden Schilderung der Geschichte der Liberalen bis zur Weimarer Republik. Die Rolle der Liberalen und eine Bewertung dieser im Zweiten Weltkrieg – auch in Auseinandersetzung mit dem Widerstand von Sozialdemokraten und Kommunisten – kommt aber zu kurz. Die Schilderung der Geschichte der FDP ist eine politikgeschichtliche, die sich am Regierungshandeln der FDP orientiert, inhaltliche Differenzen, die es ja zahlreich gegeben hat, bleiben ausgespart, wie auch zum Teil die Geschichte der LDPD und die Geschichte der Frauen in der FDP. Demgegenüber steht aber die vorzügliche Schilderung der nationalen und internationalen Kontexte, in denen sich der Liberalismus bewegte und entwickelte.

Abseits dieser Gravamina kann das vorliegende Buch zur Lektüre nur empfohlen werden.

Aachen

Ines Soldwisch



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Kai Wambach: Rainer Barzel. Eine Biografie.

Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2019, 985 S., ISBN: 978-3-506-70261-6

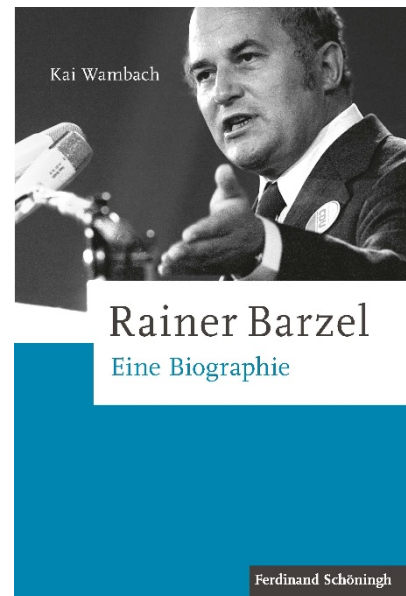
Mit der Frage „Wer war Rainer Barzel?“ könnte eine Quiz-Redaktion ihrem Fernsehsender vermutlich viel Geld sparen. Der frühere Bundesminister, Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, CDU-Bundesvorsitzende, Kanzlerkandidat, Bundestagspräsident und weiteres mehr ist weithin in Vergessenheit geraten.

So gab es bislang keine wirkliche Barzel-Biografie. Bei gründlicher Recherche findet man zwei, sich mit seiner Person und seinen politischen Aktivitäten beschäftigende, etwas ausführlichere Werke, beide allerdings aus dem Jahr 1972. Der Dissertation von Kai Wambach, 2019 publiziert, verdanken wir nun eine biografische Zusammenstellung über ein höchst interessantes Politikerleben und -wirken.

Die Arbeit des Autors ist mit dem Wort „akribisch“ noch untertrieben bewertet. Selbst als zumindest temporärer Zeitzeuge des Barzelschen Wirkens, also ansatzweise in der Lage, die Bedeutung des Beschriebenen einzuschätzen, nimmt man das ziegelsteindicke Buch respektvoll auf. Und man fragt sich im Vorhinein, wie man eine solche Stofffülle über einen Politiker zusammentragen kann, über den der Biograf schon am Anfang der Einleitung schreibt, es bleibe „bei Barzel immer der Eindruck eines in Vergessenheit Geratenen haften“ (S. 2).

Eine Politikerbiografie, die mit 924 Seiten nur knapp zehn Seiten kürzer ist als die Kaesler-Biografie über Max Weber, weckt natürlich Erwartungen. Und man kann wirklich ohne Übertreibung sagen: Was immer man über das Leben und die Politik in Bezug auf Barzel wissen wollte (oder wissen wollen könnte), steht in diesem Buch. Der Autor hat dazu den schriftlichen Nachlass Barzels bis hin zu handschriftlichen Notizen auf Redetexten und ähnlichem ausgewertet, eine Unmenge an Publikationen gelesen, eine Unzahl von Zeitzeugengesprächen geführt, umfassend in Parteiarchiven geforscht, Dokumente des Deutschen Bundestages studiert und so scheinbar alles aufgesogen, was jemals von und über Rainer Barzel geschrieben worden ist. In der „Danksagung“, ganz zum Schluss des Buches, weist der Autor darauf hin, dass es sich hierbei sogar um eine gekürzte Fassung seiner Dissertation handle. Man ist beeindruckt.

Warum eine Biografie über Rainer Barzel? Und für wen kann sie interessant sein? Man kann sehr positiv für und über das Buch sagen: Diese Fragen klären sich bei der Lektüre. Wambach sieht und beschreibt das Problem gleich am Anfang. Das Buch beginnt mit Zitaten vom Staatsakt nach Barzels Tod 2006, in denen seine besondere Bedeutung für Deutschland herausgestellt wird. Und er stellt die Wirklichkeit dagegen: „Die üblichen Ehrungen für herausra-



gende Politiker bleiben ihm weitgehend versagt, posthume Würdigungen, die seine Person in der Öffentlichkeit und im kollektiven Gedächtnis der Gesellschaft fest verankern, gibt es nicht. Keine Stiftung ist nach ihm benannt, keine Auszeichnung oder Preis einer politischen Partei, Wirtschaftsvereinigung, Akademie oder Universität trägt seinen Namen. Im gesamten Bundesgebiet ist keine einzige Straße nach Rainer Barzel benannt, kein Platz, keine Allee, nicht einmal eine Sackgasse“ (S. 2 f).

Der Autor versucht sich an einer „verstehend-kritischen Biografie“, die sich vornimmt, „die zu portraitierende Person in all ihren Handlungen, Motiven und Erfolgen, in all ihren Fehlern, Ränken und Abgründen zu verstehen“ (S. 8). Sein Konzept nimmt die negative Erwartungshaltung auf, die man hat, wenn man – bei Vorkenntnissen – den Namen Barzel hört und gleich an das diesen wesentlich bestimmende Jahr 1972 denkt: an das Scheitern Barzels, das alles, was vorher geschehen war, zunichte machte und alles, was danach kam, bestimmte. Ein Drama, so nennt es Wambach, und nicht weniger ist es.

Mit den einzelnen Teilen „Aufschwungsjahre“, „Hochkonjunktur“ und „Deflation“ wird mit klug gesetzten Unterkapiteln das in jeder Hinsicht beeindruckende Auf und Ab, die „politische Achterbahn“ (Wambach) im Leben Barzels nachvollziehbar strukturiert. Erkennbar wird ein früh Aufgestiegener, der frühzeitig den Weg in die Politik fand, als „Wunderkind aus Düsseldorf“, als „strahlender Komet am Himmel der Union“ startete, in entscheidenden Zeiten der deutschen Nachkriegsgeschichte die Hebel der Macht zum Greifen nah hatte und dann doch, dann bezeichnet als „Ikarus der deutschen Politik“ abstürzte. Sichtbar wird ein von Ehrgeiz und starkem Sendungsbewusstsein Getriebener, der zeit seines Lebens mit allen Mitteln versuchte, an die Position zu gelangen, die er für sich selbst sah: an die Spitze, der immer wieder scheiterte, es erneut versuchte, wieder scheiterte und am Ende, ausgebootet und erkrankt, an der eigenen Bedeutungslosigkeit litt. „Rainer Barzel hat insgesamt ein schweres Leben gehabt, ein schweres Leben“, so zitiert Wambach die Worte des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt beim Trauerstaatsakt für Barzel nach dessen Tod 2006 (S. 761).

„Ist die Gesamtbetrachtung seines Lebens und Handelns am Ende aber wirklich eine klassische Verliererbiografie?“ fragt der Biograf schon zu Beginn des Buches (S. 5) und antwortet selbst: „Sein Einfluss auf den politischen Kurs der CDU in den Jahren 1963 bis 1973 ist indisputabel“ (ebda.). Aber da das ja nur ein Teil des politischen Wirkens in all den Ämtern ist, die Barzel innehatte, fragt Wambach folgerichtig weiter: „Die Frage am Ende ist, ob Barzels persönliches Scheitern gleichzeitig auch ein politisches Scheitern sein muss“ (S. 6).

Der Biograf bemüht sich, gestützt auf ausführliches und ausführlich referiertes Quellenmaterial, die große Bedeutung Barzels für die deutsche Nachkriegspolitik darzustellen, indem er dessen Weg durch die politischen Institutionen minutiös nachzeichnet. Da er auf Vorarbeiten oder andere biografische Forschungen zur Person nicht zurückgreifen kann, bezieht sich Wambach immer wieder auf die zahlreichen Bücher Barzels, auf von diesem initiierte Papiere oder Beschlüsse von Fraktion und Partei, auf dessen Reden und Interviews, auf Tagebucheinträge und Notizen von Barzel selbst oder seinen Wegbegleitern und auf deren Erinnerungen.

Trotz seines Seitenumfangs, trotz der Faktendichte, trotz der Detailverliebtheit der Darstellung liest sich das Buch höchst interessant, stellenweise fesselnd und jederzeit flüssig. Der eine, der schon etwas weiß zur Person und zur Vita Barzels, fühlt sich erinnert und in seinen Erinnerungen ergänzt und in den Zusammenhang gesetzt. Der andere, für den Barzel unbekannt war, mag darin eine symbolhafte Darstellung eines Lebens in der Politik sehen, wie es einem widerfahren kann, wenn alles schief läuft oder man sich selbst im Weg steht. Und beides geschah Barzel mehrfach. Der Biograf schafft es, dem inhaltlich, wie auch strategisch gelegentlich ziemlich mäandernden Weg Barzels eine Linie zu geben und dabei trotzdem distanziert zu bleiben, zum Teil auch kritisch zu werten.

Barzels „Hochkonjunktur“ begann zum Ende der Ära Adenauer in der ersten Hälfte der 60er Jahre. Durch inhaltlichen Mut, aber auch durch geschicktes Taktieren erlangte und festigte Barzel seine Position als Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag und dann auch als Oppositionsführer gegen die sozialliberale Koalition als einer der wichtigsten Politiker im Lande. Die Hochphase endete dann in Barzels „Schicksalsjahr“ 1972, in dem er zunächst mit dem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt knapp, und mit der Kanzlerkandidatur ein halbes Jahr später, wieder gegen Brandt, krachend scheiterte. Die Darstellung der Vita Barzels danach erinnert gelegentlich an einen verzweiferten Fußballkommentator, der nachdrücklich betont, dass eigentlich die andere Mannschaft hätte gewinnen müssen.

Wambach beschreibt eindrucksvoll, wie Barzel immer wieder versuchte, gegen Brandt, gegen die von SPD und FDP betriebene neue Deutschlandpolitik, gegen die wesentlich von den Liberalen forcierte neue Ostpolitik und insgesamt gegen die nach links verschiebende gesellschaftliche Stimmung der späten 60er und frühen 70er Jahre anzukommen. Man darf bei der Lektüre nicht vergessen, dass es sich um eine Biografie handelt, in der natürlich die Person Barzel prioritär und zentral dargestellt wird, während seine Gegenspieler eben nur als solche, und die FDP nur am Rande vorkommen. Wer eine präzise Sachdarstellung der Zeit der sozialliberalen Koalition und ihrer Vorbereitung lesen will, sollte bei Barings „Machtwechsel“ bleiben. Bei Wambach findet sich eindringlich geschildert, wie Barzel und seine CDU, aber auch die CSU – auch im Streit mit der CDU – versuchten, irgendeinen Ansatzpunkt gegen die Regierung Brandt-Scheel zu finden. Und insbesondere mit der Schilderung der völlig missratenen „So nicht!“-Taktik Barzels bei der Diskussion um die Deutschland- und Ostpolitik schafft der Biograf es, bisher lose Fäden zusammenzufügen und Dinge in einen Zusammenhang zu setzen. Und er deckt dabei eine der Schwächen Barzels auf, die diesem den Weg nach „ganz oben“ verbaut haben: das immerwährende, und irgendwann auch offensichtliche Taktieren unter der Behauptung, es gehe um höhere Prinzipien.

Daher ist das Buch nicht nur für CDU-Parteigänger, Historiker oder Zeitzeugen empfehlenswert. Die Schilderung der Geschehnisse rund um die Ostverträge, das konstruktive Misstrauensvotum und die Bundestagswahl 1972 liest sich wie ein Thriller. Der Versuch, das Ergebnis der SPD bei der „Willy-Wahl“ und den Abstand zwischen den beiden großen Parteien kleinzurenden (S.626 f.), scheint eher ein Tribut an Barzels durchaus larmoyante Haltung in jener Zeit zu sein. Recht spekulativ ist allerdings die Einschätzung Wambachs, Barzel habe die Wahl 1972 suboptimal abgeschlossen, weil er „als Kanzlerkandidat der Union und mit dem Anspruch und dem Ziel der absoluten Mehrheit hätte [...] viel stärker versuchen müssen, auf die liberalen Potenziale zuzugreifen“ (S. 628) reduziert die FDP jener Zeit in ärgerlicher Weise auf ein Stimmenreservoir der Union. Derartige Verzweigungsversuche konnten und können die Liberalen selbstbewusst zurückweisen.

Berlin

Thomas Volkmann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Sebastian Elsbach: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Republikschutz und politische Gewalt in der Weimarer Republik.

Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2019 (= Weimarer Schriften zur Republik, Band 10), 732 S., ISBN: 978-3-515-12467-6

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gehörte lange Zeit nicht zum „Kernbestand“ der bundesdeutschen Erinnerungskultur. Wird die Weimarer Republik von ihrem Scheitern her betrachtet, mussten alle damaligen Anstrengungen, die demokratische Kultur zu stärken, als vergeblich gelten. Damit zusammenhängend, orientierte sich das bundesdeutsche Verständnis von wehrhafter Demokratie nicht zuerst an den zivilgesellschaftlichen Organisationen der Weimarer Zeit. Das Reichsbanner galt entsprechend als eher schwach und Weimar als eine Republik ohne Republikaner. Inzwischen hat sich die Perspektive verschoben, der Blick richtet sich stärker auf zivilgesellschaftliche Prozesse und auf die relative Offenheit der Entwicklung.

Das belegt auch die vorliegende, in Jena abgeschlossene, grundlegende Dissertation, in deren Zentrum die Frage nach der republikanischen Basis der Weimarer Demokratie und ihrer „Wehrhaftigkeit“ steht. Mit dem 1924 gegründeten Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wird die wichtigste Sammlungsbewegung untersucht, die für den Bestand der Republik kämpfte – mit zivilen Mitteln, aber auch solchen der Gewalt. Mit einem innovativen Ansatz und beeindruckendem Detailreichtum erweitert der Verfasser unsere Kenntnis über das Reichsbanner substantiell und revidiert auch viele Annahmen und Wertungen der bisherigen Forschung. Er setzt drei systematische Schwerpunkte, die sich als hervorragend erweisen, das Profil dieses Massenverbandes und seine Tätigkeit im Kontext der Weimarer Regierungspolitik und der konkurrierenden Verbände auf der nationalen Rechten und kommunistischen Linken aufzuspüren: zum einen die Wehrhaftigkeit, d.h. die republikanische Zivil- und Gewaltkultur; zum zweiten die Überparteilichkeit, also die Frage nach der Integration unterschiedlicher demokratisch-republikanischer Strömungen; und drittens die mikrosoziologische Ebene der politischen (Straßen-)Gewalt, behandelt mittels Fallstudien von Gewalt- und Tötungsfällen. Elsbach stützt sich auf breites Quellenmaterial, Nachlässe, ministerielle Überlieferung ebenso wie die der Sicherheitsbehörden im Reich und in Preußen, Erinnerungsberichte und zeitgenössisches Schrifttum. Ein fast 100-seitiger Statistik- und Dokumentenanhang enthält auch die von ihm rekonstruierten Listen der politischen Tötungsfälle.

Die Gliederung der Studie folgt im Wesentlichen der weitgehend anerkannten Periodisierung der Weimarer Epoche: Nach einer Inkubationsphase in den ersten Jahren der Republik erfolgte in der Phase der prekären Stabilität zwischen 1924 und 1928 die Etablierung des Reichsbanner



ners mit dem Ziel einer abwehrbereiten Stabilisierung der Demokratie. Hier verstand sich das Reichsbanner als Gegengewicht zum Bürgerblock, suchte die Kooperation und bot sich der Regierung als Hilfspolizei an. Mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus und der SA seit Ende der 1920er Jahre rückte das Reichsbanner in einer republikanischen Front die Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus ins Zentrum. Unter Reichskanzler Franz von Papen hatten sich dann alle Hoffnungen auf eine gemeinsame Strategie zur Rettung der Republik für den Bund zerschlagen.

Wollte das Reichsbanner als Sammelbecken für alle republikanischen Kräfte fungieren, war die Anerkennung als überparteilicher Verband entscheidend. Dies gelang zumindest in den ersten Jahren seines Bestehens erfolgreich. Die grundsätzliche nationalrepublikanische Orientierung erlaubte die Inklusion auf breiter Ebene, war sowohl für Sozialdemokraten (denen die meisten Reichsbannermänner nahestanden) und die Liberalen in der DDP akzeptabel, als auch – allerdings in geringerem Maße – für Zentrumsanhänger. Gerade die anfangs sehr präsenten Linksliberalen hatten die Gründung des Reichsbanners „mitunter euphorisch“ begrüßt (S. 187), darunter waren so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Ludwig Haas, Ludwig Quidde, Werner Stephan oder Ernst Lemmer. Das Ringen um Überparteilichkeit als Bedingung seines Erfolgs, das belegt Elsbach präzise, begleitete den Bund dauerhaft, ebenso die Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit radikalen Kräften von rechts oder links. Dies galt für die Agitation bei Wahlen, beim Flaggenstreit, beim Volksentscheid über die Fürstenenteignung und vor allem für die Reichstags- und Reichspräsidentenwahlen.

Das Reichsbanner vertrat „nationalrepublikanische“ Vorstellungen im Sinne einer – so Elsbach – „Vieltätigkeit der Nation“ und einer nicht exklusiv verstandenen „Volksgemeinschaft aller Republikaner“ (S. 129). Es sah sich als „Notbehelf für den Ausnahmezustand“ (S. 580): Wenn der Staat nicht zum Schutz der Republik gegen seine Feinde, die antidemokratischen Wehrverbände, eingreife, müsse die Zivilgesellschaft handeln. Somit könne zivile Gewalt der Demokratie dienen; die Gründung des Reichsbanners bedeutete in dieser Hinsicht die „Reduktion der politisch motivierten Gewalt“ gegen die Republik (S. 581). Die Gewaltstrategie des Reichsbanners war, so betont Elsbach, folgerichtig defensiv ausgerichtet. Dennoch entsteht hier mit der Ambivalenz von gewalttätigem Handeln zu zivilen Zwecken, mit dem Ansatz, Gewalt mit – demokratisch motivierter – Gegengewalt zu beantworten, ein Problem, worauf schon Theodor Heuss kritisch hingewiesen hat. Dies wäre vertiefter zu analysieren, unterbleibt allerdings in dieser Studie, obwohl sie explizit die politische Gewalt in den Fokus rückt. Als ausschließlich zivil ausgerichteten Verband zieht Elsbach vergleichend den mit dem Reichsbanner lange Zeit kooperierenden Republikanischen Reichsbund heran. Dieser organisierte ein politisch ähnliches Milieu, war allerdings stärker akademisch und bürgerlich geprägt, wobei auch – anders als beim Reichsbanner – Frauen Mitglieder sein durften. Inwieweit war gerade die „Gewaltkultur“ des Reichsbanners in Verbindung mit der zivilen Kultur eine der Ursachen für dessen größere Attraktivität? Dies bleibt offen, weil auf eine gruppenbezogene Analyse des Milieus weitgehend verzichtet wird und die Wirkungen dieses ausschließlich männlich bestimmten Aktionsraums nicht Gegenstand der Arbeit sind – wie überhaupt Geschlechterfragen ausgeklammert werden.

Das Reichsbanner ermöglichte, den republikanischen Massenanhang in eine organisatorische Form zu bringen. Dazu gehörte beides: zivile Kultur und republikanische Gewaltkultur – das Nebeneinander war „intern eine befruchtende Eigenschaft“ (S. 309). Worin bestand die *zivile Kultur* des Reichsbanners? Feiern, Umzüge, publizistische Aktivitäten, Wahlkampfunterstützung, Versammlungen, Schulungskurse – alles mit dem Ziel, die Farben Schwarz-Rot-Gold zu einem „volksnahen Symbol“ zu machen. Neben kultureller Aktivität bildeten paramilitärische Geländeübungen und die Ausbildung der Mitglieder an kleinkalibrigen Waffen die andere – gewaltkulturelle – Seite des Programms. Zentrale Aufgaben der Mitglieder waren Saal- und

Versammlungsschutz zugunsten der republikanischen Kräfte. Hier ergibt sich auch der nahtlose Übergang zur *Gewaltkultur*, die in der Praxis der Auseinandersetzungen auf der Straße auch Täterschaft und Tötungsdelikte einschließen konnte, wenn auch in sehr viel geringerem Maße als bei den Wehrverbänden der NSDAP und der KPD. Dies wird bestätigt durch die vom Verfasser durchgeführten Fallstudien und die sorgfältige statistische Rekonstruktion der Gewaltvorfälle.

Die entscheidende Frage lautet somit: Trägt die Gewaltkultur im Sinne der wehrhaften Demokratie zur Stabilisierung bei oder zur Eskalation der Gewalt – etwa mittels Gewöhnung an Gewaltausübung, Militarisierung der Öffentlichkeit, Wehrtüchtigung u. ä.? Für Elsbach schlägt das Pendel in die erste Richtung aus: Die Gewaltkultur des Reichsbanners habe abschreckend gewirkt und erst der Aufstieg der SA dafür gesorgt, dass mit der Gründung der „Schutzformationen“ des Reichsbanners das vorhandene „Aggressionspotential bewusst institutionalisiert“ wurde (S. 350).

Die letzten Kapitel über die Endphase der Weimarer Republik nehmen den Charakter einer Verteidigungsschrift des Reichsbanners an: Die Darstellung ist gegen die vorherrschende Deutung der Schwäche und Unentschiedenheit des Reichsbanners geschrieben. Die Analyse der Handlungsoptionen des Bundes – etwa beim „Preußenschlag“ hinsichtlich der Erfolgsaussichten eines Aufstandes – überzeugt gleichwohl. Elsbach konstatiert ein ungefähres Kräftegleichgewicht zwischen dem Reichsbanner einerseits und den radikalen Republikgegnern andererseits. Der Blick richtet sich so auf „Hindenburgs Verrat“ (S. 427), war er doch für seine Wiederwahl 1932 noch vom Reichsbanner unterstützt worden, um Hitler zu verhindern. Entscheidend sei, so Elsbach, die Weigerung des Staates gewesen, das Kooperationsangebot des Reichsbanners anzunehmen. Der Staat habe eine falsche „Neutralität“ verfolgt, indem er zum Reichsbanner auf gleiche Distanz wie zu den anderen Wehrverbänden ging. Der Einsatz einer staatlichen Reichsbanner-Hilfspolizei hätte, angesichts der 1,5 Mio. Mitglieder des Reichsbanners, in der kritischen Phase den Zusammenbruch der NS-Bewegung eingeleitet, so Elsbach – mithin eine vertane Chance.

Die Arbeit ist überzeugend belegt und beeindruckt mit einer genauen Diskussion der jeweiligen Forschungsbefunde. Etwas störend sind die zahlreichen Trennungsfehler, ein sorgfältigeres Lektorat wäre zu wünschen gewesen. An der Forschungsleistung und dem Erkenntnisgewinn, der aus diesem Grundlagenwerk zu gewinnen ist, ändert dies nichts. Der Studie ist eine breite Rezeption auch außerhalb des fachwissenschaftlichen Rahmens zu wünschen, denn die paradigmatisch – am Beispiel des Profils und der Handlungsspielräume des Reichsbanners – geführte Diskussion über die Gestaltung einer wehrhaften Demokratie und die Frage von ziviler und Gewaltkultur können die aktuellen Debatten darüber historisch fundieren.

Potsdam/Berlin

Wolther von Kieseritzky



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

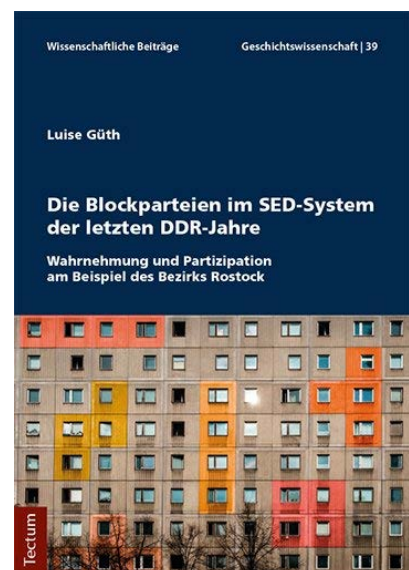


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Luise Güth: Die Blockparteien im SED-System der letzten DDR-Jahre. Wahrnehmung und Partizipation am Beispiel des Bezirks Rostock.

Baden-Baden: Tectum Verlag, 2018 (= Wissenschaftliche Beiträge, Reihe Geschichtswissenschaft, Band 39), 452 S., ISBN: 978-3-8288-4143-7

Ein interessanter Aspekt der DDR-Geschichte ist es, dass die Deutsche Demokratische Republik zwar eine Einparteiendiktatur war, es aber deutlich mehr als eine Partei gab. Während die SED durch ihre exponierte Stellung viel Aufmerksamkeit in der Aufarbeitung erhielt, blieb die Forschung zu den Blockparteien ein Randthema. Das ist bedauerlich, denn wie die Autorin des vorliegenden Buches herausstellt, „[...] war die Anerkennung der Führungsrolle an der Basis der Blockparteien nicht so uneingeschränkt, wie es die SED gern darstellte“ (S. 10). Die Mehrheit der Blockparteimitglieder habe ihr Engagement aufrichtig als Mittel zur Entwicklung und Durchsetzung einer gerechteren Gesellschaft verstanden. Sich in den stark reglementierten Grenzen kritisch zu äußern, wurde als notwendig erachtet, um die DDR weiterzuentwickeln. Dieser Konsens sei aber im Zuge der sich zuspitzenden Krisen in der zweiten Hälfte der 1980er auseinandergebrochen.



Ihren Beitrag zur Geschichte der Blockparteien betrachtet Luise Güth als Teil der erweiterten Sozialgeschichte zur DDR, welche die Wechselbeziehungen zwischen der alltagsgeschichtlichen Mikro- und der strukturellen Makroebene untersucht. Besonders im Blick hat sie die Blockparteien im Bezirk Rostock und untersucht deren Selbstverständnis, Berichtswesen und Umgang mit kritischen Positionen. Die Leitfrage lautet: „Wie [wirkten] sich diese Faktoren auf die Akzeptanz und Wahrnehmung des SED-Regimes durch die Mitglieder und Funktionäre der Blockparteien [...]“ (S. 11) aus und wie beeinflussten sie die Stabilität des politischen Systems in der DDR-Spätphase?

Den Hauptteil des Buches machen die Kapitel drei und vier aus. Das dritte Kapitel behandelt die externen und systemimmanenten Einflüsse auf die Positionierung und Meinungsbildung innerhalb der Blockparteien. Das vierte Kapitel zeigt dann die Auswirkungen dieser Einflüsse auf den Emanzipationsprozess bis in das Frühjahr 1990. Kapitel fünf zeichnet darauf aufbauend den Entwicklungsprozess der Blockparteien bis zu den Parteifusionen im Zuge der Wiedervereinigung nach. Dabei werden stets alle Blockparteien (CDU(D), LDP(D), NDPD und DBD) behandelt. Um die Inhaltsangabe kompakt zu halten, wird die Zusammenfassung vor allem anhand der LDP(D) illustriert.

Als maßgeblichen externen Einfluss macht Güth die Reformpolitik Gorbatschows aus. Zusammen mit den Demokratisierungstendenzen im Ostblock und dem faktischen Sputnik-Verbot in der DDR wurden nicht nur Veränderungsmöglichkeiten im Staatssozialismus aufge-

zeigt, sondern vor allem der enorme Reformstau und der Stillstand der 1980er Jahre verdeutlicht. Doch nicht nur die Veränderungen im Ostblock selbst, sondern auch die Politik der Bundesrepublik beeinflusste die Blockparteien. Besonders exponiert kommen hier (wie auch später bei den immanenten Einflüssen) die familiären Westreisen zur Sprache, die von vielen Blockparteimitgliedern – nicht nur aus politischen, sondern auch aus persönlichen Gründen – als zu beschränkt wahrgenommen wurden. Den Einfluss der westlichen Parteien beschreibt Güth dagegen als gering. Die CDU habe keinerlei Kontakt zu ihrem DDR-Pendant gesucht und die Verbindungen zwischen LDP(D) und F.D.P. seien nur informell gewesen. Hinzu kam, dass bei jedem persönlichen Kontakt entweder Vertreter der SED oder des MfS anwesend waren.

Als systemimmanente Einflüsse benennt Güth die Missstände in DDR-Gesellschaft und -Wirtschaft. Sie hebt hier die ökonomischen Fehlplanungen, die kontraproduktiven Maßnahmen in der Arbeitsgesetzgebung und Sozialpolitik, die leistungsunabhängige Vergütung und die unflexible Preispolitik als Steine des Anstoßes (vor allem bei der LDP(D)) hervor. Aber auch das Wahlrecht der Kommunalwahl 1989 führte zu erheblicher Kritik bei den Liberaldemokraten. Besonders kritisch wurde hier die Ausweitung des Wahlrechtes auf Menschen ohne DDR-Staatsbürgerschaft aufgenommen. Denn die Ausländer hätten, laut LDP(D)-Basis, schon genug Vorteile und zugleich hätten viele mit ihnen schlechte Erfahrungen gemacht. Außerdem kam der Vorwurf auf, dass mit einer Erweiterung des Wählerkreises lediglich der Wählerrückgang verschleiert werden sollte.

Güth verweist darauf, dass sich die Beziehung der LDPD zur SED von jener der anderen Blockparteien unterschieden habe. Dies zeige sich sowohl in der hohen Selbstreferenzialität der LDP(D), als auch in den Debatten um ein eigenes Parteiprofil und in der permanenten Diskussion um die FDJ als einzige Jugendorganisation. Anhand des letzten Punktes illustriert Güth die Einflussnahme der LDP(D) auf die Politik. Dem großen Zuwachs an jungen Parteimitgliedern sollte Rechnung getragen werden und ein eigener Jugendverband – in Konkurrenz zur FDJ – entstehen. Um der SED die Idee schmackhaft zu machen, nutzte der Parteivorsitzende Manfred Gerlach Kontakte zum Zentralkomitee der SED und zum Ersten Sekretär der FDJ Eberhard Aurich. Dieser beauftragte Gerlach letztlich damit, einen Jugendverband zu gründen. Güth weist darauf hin, dass es also die SED war, die den Spielraum der Blockparteien erhöhte. Sie war es auch, die eine vermeintliche Konkurrenzsituation zwischen ihnen schürte, um Bündnisse außerhalb der SED-Pfade unwahrscheinlich zu machen.

Im vierten Kapitel zeigt Güth auf, wie die externen und systemimmanenten Einflüsse zu einer Veränderung der Kommunikationsstrukturen innerhalb der Blockparteien führten. Die Freiräume wurden innerhalb der Parteien ebenso unterschiedlich genutzt, wie sich das Engagement der einzelnen Akteursgruppen und die Mitgliederentwicklung unterschiedlich gestalteten. Besonders deutlich zeige sich das anhand der Parteiberichte. Deren inhaltliche Struktur war fragebogenartig vorgegeben. Nach Meinungen der Mitglieder wurde in einigen Parteien erstmals 1985 gefragt. Die Schilderungen von Aktivitäten und Problemen vor Ort machten die nun eingereichten Berichte authentischer. Ab 1986 steigerte sich der Frust innerhalb der Blockparteien immer mehr. Nach der Kommunalwahl 1989 mehrten sich die Parteiaustritte, angedrohte Ämterniederlegungen sowie die Rufe nach Profilierungsbestrebungen.

Im Erneuerungsprozess macht Güth bei den Liberaldemokraten zwei Phasen aus, wobei die erste Phase das Jahr 1989 und die zweite das Jahr 1990 umfasst. Zunächst wies die LDP(D) den einmütigen Wunsch nach einer Erneuerung auf, was sie von den anderen Blockparteien unterschied. Das von der Bevölkerung in die Liberalen gelegte Vertrauen verspielte die Partei allerdings durch ihre Regierungsbeteiligung: Der Parteivorsitzende Manfred Gerlach war nach dem Rücktritt von Egon Krenz bis März 1990 Staatsratsvorsitzender der DDR. Dies war dann die zweite Phase der Erneuerung. Laut Güth scheiterte die LDP(D) (auch innerparteilich) an ihrem Anspruch, oppositionelle Reformforderungen zu stellen und gleichzeitig mitzuregieren.

Den Schluss bildet das Kapitel über die Parteifusionen. Der Zusammenschluss des liberalen Spektrums verlief über die Zwischengründung des Bundes Freier Demokraten. Dieser fuhr bei der freien Volkskammerwahl ein schlechtes Ergebnis ein, was wohl auf einen halbherzigen Personalwechsel in den Führungspositionen und einen von der West-F.D.P. geführten Wahlkampf – der sich in der Praxis als fern der DDR-Realität erwies – zurückzuführen sei. Dem Bund trat später auch die NDPD bei. Die Fusion zwischen dem BFD und den westdeutschen Liberalen erwies sich letztlich, trotz einer im Vergleich zur F.D.P. größeren Mitgliederzahl, als Beitritt des Bundes Freier Demokraten zur F.D.P. Das sozialliberale Profil des BFD wurde dabei nicht berücksichtigt, was sich – neben Dankbarkeit und dem Lob guter Zusammenarbeit – in einer Kritik vieler Kreisverbände entlud, die eine Dominanz der westdeutschen Freidemokraten beklagten.

Luise Güth hat mit ihrer Dissertation viele interessante Aspekte im Bereich der Blockparteien behandelt. Leider sind diese Bereiche immer nur angeschnitten. Das liegt an den vielfältigen Bereichen, die sie sich angesehen hat und daran, dass sie alle Blockparteien des Bezirkes Rostock auswählte. Die Fülle an Aspekten und Materialien für alle Blockparteien zu behandeln, zeugt zweifellos von großem Fleiß, führt im Ergebnis aber leider dazu, dass die Arbeit oftmals nur die Oberflächen anrührt und Kapitel immer genau da enden, wo es erst richtig spannend wird. Eine noch stärkere Begrenzung auf eine einzige Blockpartei mit weniger Aspekten, die dann aber ausschöpfend in der Mikro- und Makroebene behandelt worden wären, wäre möglicherweise besser gewesen. Allerdings schreibt die Autorin selbst im Fazit, dass sie nur die Grundlagen erforschte. Das hat sie zweifellos getan und dabei viele interessante Aspekte und Anschlussfragen ans Tageslicht gebracht, die von der zukünftigen DDR-Forschung weiterverfolgt werden sollten.

Dresden

Malte Wenk



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

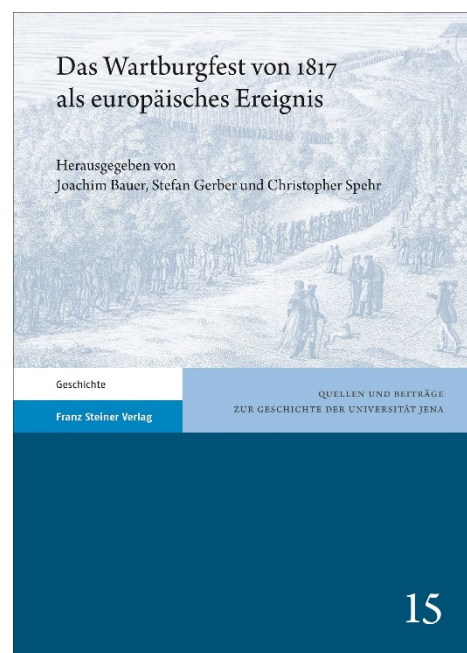


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Bauer, Joachim / Gerber, Stefan / Spehr, Christopher (Hrsg.): Das Wartburgfest von 1817 als europäisches Ereignis.

Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2020 (= Quellen und Beiträge zur Geschichte der Universität Jena, Band 15), 340 S., 3 s/w-Abb., ISBN: 978-3-515-12578-9

Das studentische Fest auf der Wartburg vom 18./19. Oktober 1817 stellt ein zentrales Ereignis der Geschichte des deutschen Frühliberalismus und Nationalismus dar. Veranaltet anlässlich der vierten Wiederkehr des Gedenktages der Völkerschlacht bei Leipzig und des bevorstehenden 300. Jahrestages des Thesenanschlags von Martin Luther, stand das Fest zwar in der Tradition des „Nationalfestes“ von 1814 und des Belle-Alliance-Festes von 1817, es unterschied sich jedoch davon in mehrfacher Hinsicht: Zu nennen sind hier die Zahl und die überregionale Zusammensetzung der Teilnehmer des Wartburgfestes, die große Resonanz des Ereignisses in den Medien und der oppositionelle politische Charakter, der in einigen Reden zum Ausdruck kam. Vor allem aber die von einem Teil der Festversammlung durchgeführte symbolische Verbrennung von Büchern sowie die Militanz mancher Ansprachen sorgten für eine große Aufmerksamkeit der Feier, die „als erste große politische Demonstration der deutschen Geschichte“ bewertet wurde (S. 43). Anlässlich des 200. Jubiläums des Wartburgfestes wurde von der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Wartburg-Stiftung Eisenach eine Tagung veranstaltet, deren Erträge nun in einem Tagungsband vorliegen. Den Gegenstand bilden die bislang eher vernachlässigte europäische Dimension des Wartburgfestes, Voraussetzungen und Folgen des Ereignisses sowie die komplexen und oft widersprüchlichen Interessenlagen, Wahrnehmungen und Reaktionen bei Teilnehmern, Beobachtern und der Öffentlichkeit.



Nach dem Vorwort der Herausgeber beginnt der Band mit einem Beitrag von Wolfram Siemann, der die Haltung des österreichischen Staatskanzlers Metternich gegenüber der deutschen Nationalbewegung am Beispiel der Wartburgfeiern von 1817 und 1818 erklärt. Gestützt auf seine umfangreichen Arbeiten zur Biografie Metternichs begründet Siemann einerseits die Ursachen für Metternichs Einstellung auch aus dessen Erfahrungen mit politischem Radikalismus, andererseits betont er den pragmatischen Charakter seiner Politik. Mit der preußischen Reaktion auf das Wartburgfest vor dem Hintergrund der Verfassungspläne in Preußen befasst sich Wolfgang Burgdorf, der in dem Polizeidirektor Kamptz den zentralen Gegner liberaler und nationaler Bestrebungen sowie den Widersacher von Staatskanzler Hardenberg sieht. Die Instrumentalisierung des Wartburgfestes durch hochkonservative Kreise ermöglichte die Verhinderung der Verfassungsgebung in Preußen und die „reaktionäre Umgründung“ des Deutschen Bundes (S. 41). Hans-Werner Hahn untersucht danach in einem umfassenden Beitrag

die Rolle des Wartburgfestes im deutschen und europäischen Kontext. Er verweist dabei auf die unterschiedlichen Positionen, die 1817 selbst bei Festteilnehmern deutlich wurden. Gegen die auch in geschichtswissenschaftlichen Publikationen zu findende Kritik am Wartburgfest verweist Hahn darauf, dass trotz der späteren Indienstnahme des „nationalen Wartburgmythos“ (S. 61) die vom Fest ausgehenden liberalen und demokratischen Traditionen nicht vergessen werden dürfen.

Die Haltung Russlands zum Wartburgfest beleuchtet Franziska Schedewie anhand der Briefe von Maria Pavlovna, der Frau des Weimarer Erbprinzen Carl Friedrich, an ihre Mutter, die nachfolgend in einem Dokumenten-Anhang wiedergegeben werden. Die Ergebnisse von Schedewies quellengestützter Analyse sind eindrucksvoll: Trotz gelegentlicher Kritik am Krisenmanagement des Großherzogs lag sowohl Maria Pavlovna als auch ihrem Bruder, Zar Alexander I., viel daran, die Brisanz des Wartburgfests zu entkräften und herunterzuspielen. Russland habe, so das Fazit, zu diesem Zeitpunkt kein Interesse an einer aktiven Einmischungspolitik in Deutschland gehabt. Markus Mößlang zeigt in seinem Beitrag, dass die Ereignisse auf der Wartburg auch in Großbritannien sowohl von der Presse als auch von Gesandten aufmerksam verfolgt wurden. Nationale Bestrebungen im Deutschen Bund wurden von der britischen Diplomatie dabei aufgrund von deren destabilisierender Wirkung kritisch beurteilt.

Trotz der großen, auch internationalen Resonanz des Wartburgfests darf dessen Bedeutung jedoch nicht überschätzt werden. So ist die dem Beitrag von Marko Kreutzmann über „Gesellschaftliche Bewegung, einzelstaatliche Verfassung und Integration im Deutschen Bund“ zugrunde liegende These, wonach das Wartburgfest als politisches Signal die Verfassungsgebung in Bayern, Baden und Württemberg „erheblich begünstigt“ habe (S. 127), nicht stichhaltig. Die Unterdrückungsmaßnahmen infolge der Karlsbader Beschlüsse zeigen ganz im Gegenteil deutlich, dass die Revolutionsfurcht der Regierungen für Verfassungsforderungen eher nachteilig war. Völkerschlacht und Wartburgfest waren, so Winfried Müller in seinem Beitrag, „kein Erinnerungsort für Sachsen“ (S. 129). Studierende aus dem Königreich Sachsen waren daher auf dem Wartburgfest nur in geringer Zahl vertreten, und erst 1830 entstanden in Leipzig Studentenunruhen. Mit dem „Konstitutionalismus in Sachsen-Weimar-Eisenach“ beschäftigt sich Gerhard Müller (S. 143), der die politischen Zielsetzungen der Weimarer Regierung in Übereinstimmung mit den Bestrebungen des Wartburgfests sieht. Den konfessionellen Aspekten des Wartburgfests widmen sich zwei Beiträge: Zunächst analysiert Christopher Spehr vor dem Hintergrund des kirchenpolitischen und theologiegeschichtlichen Kontextes die „protestantischen Inhalte“ (S. 169) der Feierlichkeiten auf der Wartburg. Insbesondere die Inanspruchnahme Luthers für den politischen Freiheitskampf und die Legitimation Gefallener als religiöse Märtyrer werden aus kirchengeschichtlicher Sicht kritisch gewertet. Die Sicht des katholischen Deutschland auf das Wartburgfest stellt Stefan Gerber vor. Obgleich die Veranstalter das Wartburgfest nicht als konfessionell abgrenzend verstanden wissen wollten, wurde es von vielen deutschen Katholiken so wahrgenommen. Das Fest fiel in eine Zeit der Politisierung der Konfessionen, die in heftige Auseinandersetzungen um das Verhältnis von Konfession und Nation münden sollte.

Werner Greiling befasst sich mit dem „Wartburgfest als Medienereignis“ (S. 199). In europäischen Zeitschriften und Zeitungen wurde ausgiebig über die Ereignisse auf der Wartburg berichtet. Der Tenor der Berichterstattung war dabei sehr unterschiedlich, doch weist Greiling darauf hin, dass das Wartburgfest schon von Teilnehmern verschieden bewertet wurde. Der Beitrag von Anna Ananieva und Rolf Haaser untersucht die politischen Skandale um August von Kotzebue und Alexander von Stourdza vor dem Hintergrund der politischen Radikalisierung von Studenten nach dem Wartburgfest. Dabei wird deutlich, dass Russland, die ehemalige Bündnismacht gegen Napoleon, von der deutschen Nationalbewegung zunehmend als Gegner angesehen wurde. Eine sozialgeschichtliche Analyse der studentischen Festtagsteilnehmer des Wartburgfests bietet der Beitrag von Joachim Bauer, der auch deren Lebenswege

vor und nach dem Fest in den Blick nimmt. Signifikant war der hohe Anteil der aus evangelischen Pfarrhäusern stammenden Teilnehmer und derjenigen, die sich zwischen 1812 und 1815 im wehrfähigen Alter befanden, möglicherweise also Kriegserfahrungen hatten. Bei den Diagrammen (Abbildung 1 und 2) sind die Bildunterschriften offenbar vertauscht. Die Rolle der Professoren beim Wartburgfest untersucht Klaus Ries, der in ihnen nicht nur prominente Ideengeber, sondern wichtige gesellschaftliche und öffentliche Akteure sieht. Ob das Wartburgfest „als Geburtsstunde des ‚politischen Professorentums‘“ gelten darf (S. 263), mag allerdings dahingestellt bleiben, denn bereits unter den Protagonisten der Mainzer Republik von 1793 waren auch Professoren der Universität, wie beispielsweise der Konventspräsident Andreas Joseph Hofmann, die auch den Kriterien entsprachen, die Ries hier aufstellt. Matthias Stickler zeigt, dass die thesesianisch-josephinischen Hochschulreformen zu einem universitären Sonderweg in der Habsburgermonarchie führten. Dies erleichterte es den österreichischen Behörden, die aufkeimende burschenschaftliche Bewegung an den dortigen Hochschulen zu unterdrücken. Die Abschottungspolitik der Regierung führte allerdings zu einem Qualitätsverlust der österreichischen Universitäten. Besonders spannend ist der Hinweis auf die Teilnahme von slowakischen Studenten am Wartburgfest, die von Ján Kollár, einem Protagonisten des Panslawismus, als „Erweckungserlebnis“ bezeichnet wurde (S. 291). Zum Abschluss gibt Harald Lönnecker einen umfassenden Überblick über das Wartburgfest in der burschenschaftlichen Historiographie. Deutlich wird dabei, wie kontrovers auch unter Burschenschäftlern die Einstellungen zum Wartburgfest waren und dass die Bewertungen in hohem Maß zeitabhängig waren.

Der Tagungsband mit seinen gehaltvollen Beiträgen ausgewiesener Fachleute bietet nicht nur neue Einsichten und Erkenntnisse, er repräsentiert auch auf eindrucksvolle Weise den Stand der Forschung zum Wartburgfest. Insbesondere der Blick auf die konfessionellen Aspekte und die europäische Wahrnehmung sowie die Implikationen des Ereignisses demonstrieren dessen Vielschichtigkeit. Für die wissenschaftliche Erforschung der politischen Geschichte des 19. Jahrhunderts, insbesondere auch für die Geschichte des Nationalismus und Liberalismus, ist er unverzichtbar.

Ulm/Tübingen

Michael Wettengel



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

Andreas Arndt: *Die Reformation der Revolution. Friedrich Schleiermacher in seiner Zeit.*

Berlin: Matthes & Seitz, 2019, 336 S., ISBN: 978-3-95757-607-1

Als den eigenen biographischen Ausgangspunkt für die vorliegende Studie gibt Andreas Arndt eine ihm im Frühjahr 1979 von seinem Doktorvater, Heinz Kimmerle, erteilte Empfehlung an: Damals, als es um die Übernahme einer Editorenstelle an der neu errichteten Schleiermacher-Forschungsstelle an der Kirchlichen Hochschule Berlin ging, habe dieser ihm erklärt, das editorische Geschäft könne dann „sachlich interessant“ sein, „wenn man daneben eine Ideologiekritik der theologisch-philosophischen Gedankenwelt Schleiermachers“ erarbeite. Als eine Umsetzung von Kimmerles Rat versteht Arndt – „gewissermaßen“ (S. 326), das heißt natürlich: in aller Eigenprägung – das hier vorliegende Buch. Wenngleich der Terminus „Ideologiekritik“ ansonsten weiter keine Rolle spielt, so bildet die konzeptanalytische Erörterung von Schleiermachers ethisch-politischem Denken in der Tat den Gegenstand der Darstellung. Und zwar erfolgt sie in einem konsequent kritischen Zugriff, wobei immer wieder die parallelen Theorieansätze Hegels den normativen Bezugspunkt bilden. Durchweg fällt Schleiermacher dabei hinter Hegel zurück. Doch auch für sich selbst erscheinen in dieser Rekonstruktion Schleiermachers Ausführungen, etwa im Bereich der Staats- und besonders der Rechtstheorie, als derart unzulänglich, dass man schon sagen kann: Andreas Arndt hat hier der Schleiermacher-Gemeinde einen schweren Brocken in den Weg gewälzt.



Er tut dies auf hohem Niveau. Was Materialbeherrschung, Sachkunde und interpretatorische Umsicht angeht, ist Arndt ohnehin für den Philosophen Schleiermacher derzeit und seit langem schon die erste Adresse. In der bei De Gruyter erscheinenden „Kritischen Gesamtausgabe“ (KGA) hat er neben neun, gemeinsam mit Wolfgang Virmond bzw. Simon Gerber erarbeiteten Briefbänden 2002 die umfangreichen Materialien zur Dialektik-Vorlesung herausgegeben; eine Edition der Vorlesung zur „Philosophischen Ethik“ steht bevor; seine Publikationsliste weist eine Vielzahl einschlägiger Abhandlungen sowie das 2013 erschienene Buch „Friedrich Schleiermacher als Philosoph“ auf; Herausgeber eines Schleiermacher-Bandes in der „Bibliothek Deutscher Klassiker“, der sich durch einen vierhundertseitigen Kommentar auszeichnet, ist er überdies.

Sein neues Buch steht unter dem Titel „Die Reformation der Revolution“. Die Formulierung mag als Programm gedacht sein. Tatsächlich zeigt Arndt, dass der von Schleiermacher stets festgehaltene politische Impuls aus der Französischen Revolution auf allen Gebieten der ethisch-

politischen Theoriebildung in ein reformerisches, auf Ausgleich und Konfliktausblendung basierendes Konzept umgeprägt wird. Wesentlich ist aber, dass „Umprägung“ wirklich als eine Form der positiven Anknüpfung gemeint ist, nicht als Entgegensetzung. Dass Schleiermachers Politik-Vorlesungen seit 1817 polizeilich observiert wurden und er selbst in den Strudel der Demagogenverfolgung geriet, hatte Gründe. Auf der anderen Seite gewinnen gerade im sozialpolitischen und im herrschaftstheoretischen Bereich bei ihm harmonistische Tendenzen derart – findet Arndt – die Oberhand, dass jener ursprüngliche kritische Impuls kaum mehr erkennbar ist. Als „ambivalent“ erscheint deshalb auch immer wieder das Gesamtbild, und je mehr die Darstellung fortschreitet, desto beschönigender mutet diese Beschreibung sogar noch an.

Der Leser wird in sechs Kapiteln durch zentrale Komplexe der Schleiermacherschen Theorieentwicklung geführt. Die lebensgeschichtlichen Stationen bilden dabei eine Art darstellerisches Gerüst, bisweilen, vor allem für die Frühzeit, widmet Arndt sich ihnen auch eingehender. Im Ganzen aber handelt es sich nicht um eine Biographie im herkömmlichen Sinne. Das durchlaufende rote Band bildet die mit dem Untertitel markierte Zeitgenossenschaft Schleiermachers, und zwar in Hinsicht auf die jeweiligen Herausforderungen durch die politischen und gesellschaftlichen Geschehnisse der drei Jahrzehnte vor und nach 1800. Zunächst, und hier spielen die Biographica dann doch eine größere Rolle, wird Schleiermachers schwierige Selbstfindung im Wechselspiel von „Schwärmerei“ (die dem Herrnhutischen Milieu geschuldet war, in dem er aufwuchs) und „Aufklärung“ (insbesondere die frühe Kant-Lektüre) geschildert. Schon hier suchte er nach Wegen zu einer Synthese von subjektiver Frömmigkeit und aufklärerischer Vernunft, für die dann später vor allem seine Beiträge zur theologischen Theorie (die „Glaubenslehre“ von 1821/22) stehen werden. Was Arndt in diesem Zusammenhang zur familiengeschichtlich bedingten Hypothek (Vater und Großvater hatten mit erheblichen Schwierigkeiten wegen des Vorwurfs sektiererischer Abweichungen zu kämpfen gehabt) ausführt, die Schleiermacher sein Leben lang belastet hat, fügt dem bisher bekannten Bild eine wichtige Facette hinzu. Er kann aber auch plausibel machen, auf welche Weise die Grundidee der Schleiermacherschen Religionsauffassung – „Religion“ als Gefühl des Einsseins mit dem Universum – bereits aus diesen frühen Spannungen hervorging.

Das französische Revolutionseignis, auch wenn es Schleiermacher erst mit einiger Verspätung umzutreiben begann, führte dann zu den ersten größeren intellektuellen Regungen. Vor allem die intensive und produktive Auseinandersetzung mit der Freiheitskonzeption Kants steht im Mittelpunkt von Arndts Erörterungen. Seine Analysen diverser früher Schriften lassen aber auch schon Mängel sichtbar werden, die dann in den späteren Vorlesungen zur Politik bzw. Staatslehre deutlich hervortreten. Bündig stellt Arndt fest: Das Grundproblem der Konzeptionen Schleiermachers zur politischen und (staats-)rechtlichen Thematik besteht darin, dass er „vielfach“ in einer „Unbestimmtheit des Verhältnisses von moralischer Gesinnung einerseits, Politik und Staatsrecht andererseits befangen bleibt“ (S. 61f.). Einzelaspekte sind etwa die Frage nach der Zurechnung von Handlungen, der Status von „Sittlichkeit“, die Allgemeinheit der Vernunft oder die Normativität der Figur eines universellen ethischen Bildungsprozesses. Überhaupt tritt bei Schleiermacher mit dem Gedanken des „Prozesses“ bereits in den frühen 1790er Jahren das tragende Paradigma seines philosophisch-ethischen Denkens allmählich hervor. Dies im Rahmen einer auf die ganze Länge der intellektuellen Biographie Schleiermachers angelegten Darstellung gezeigt zu haben, ist eines der Hauptverdienste des Buches.

Schleiermachers Überlegungen zur Freiheitsthematik setzen sich dann zunächst in umfangreichen Erörterungen zur Vertragstheorie und zur Theorie des Naturrechtes fort, bevor er schließlich gegen Ende der neunziger Jahre – die Gemeinschaft mit Friedrich Schlegel, das „Athenaeum“-Projekt und weitere Kant-Studien im Rücken – mit den „Reden über die Religion“ (1799) zu sich selbst fand. Das hier entfaltete Religionsverständnis (ein Religionsbegriff ohne Gott) ging

mit einer geschichtsphilosophisch angelegten Fortschrittsidee einher, die es erlaubte, die Revolution als „die erhabenste Tat des Universums“ zu würdigen.

In diesen Passagen sieht der Leser Schleiermacher auf der Höhe der Zeit. Doch schon das Kapitel „Aussichten auf eine künftige Welt“ und mehr noch die Erörterungen unter dem Titel „Enttäuschung und Fortschritt“ gehen in eine ganz andere Richtung. Schleiermachers idealisierendes Geselligkeitsmodell und seine sozialitätsferne Idee von Individualität, dazu ein auf die Unabschließbarkeit des kulturellen Entwicklungsganges ausgerichteter Fortschrittsgedanke, dem dann auch die Zielbestimmungen „Freiheit“, „Humanität“ und „vollkommene Republik“ (S. 188; KGA I/2, S. 270) zugeordnet werden – dies alles führt zu einer „logisch-metaphysischen“ Konstruktion (mit Blick auf die eingangs zitierte Wendung wird man sagen dürfen: Ideologie), die, prägnant im Begriff des Fortschritts, „keinen Platz für die Härten der Negativität, die Erfahrungen des Unglücks und der Zusammenbrüche“ lasse. Der theologische, von Schleiermacher reformatorisch gedeutete „Glutkern“ der Revolution werde „in der Idee eines garantierten Fortschritts enttäuschungsfest eingekapselt und letztlich gegenüber der politisch-gesellschaftlichen Realität immunisiert“ (S. 195).

Das letzte Kapitel bietet mit einer eingehenden Analyse der Schleiermacherschen Überlegungen zur Staats- und Rechtstheorie eine derartige Fülle an Problemanzeigen, dass die weitere Forschung viel zu tun haben wird. Ein Leitmotiv bildet die eigenartige, in Arndts Darstellung durch und durch wirklichkeitsfremd anmutende Beschreibung des Verhältnisses von „Obrigkeit“ und „Untertan“. Allein schon die Begrifflichkeit, mehr noch aber die konkrete Beschreibung des Gegensatzes (als der, wie Schleiermacher sagt, „formellen“ Seite des Staates) versperren den Weg zu einer rechts- und institutionentheoretisch sachgemäßen Staatsauffassung. Aber auch etwa, dass Schleiermacher die seit 1810 in Preußen ja stets virulente Verfassungsfrage aus seiner Idee des ethischen Prozesses heraus beantwortete, kann Arndt ihm nicht durchgehen lassen. Wenn er schon generell mit den Urteilen „ambivalent“ und „unterbestimmt“ operiert, so sieht er hier schlicht eine „harmonistische Sicht auf die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse“ (S. 203). Reformersche und reaktionäre Tendenzen stehen nach Arndt unvermittelt nebeneinander; moderne Elemente der Staatstheorie stoßen sich mit vormodernen; für das Problem des Rechts (als Inbegriff rationaler Ordnung) ist Schleiermacher unempfänglich; den Rechtsstaatsgedanken kennt er nicht. „Staats- und rechtstheoretisch denkt Schleiermacher das Individuum von einer vorausgesetzten, natürlich bestimmten Volksgemeinschaft her“ (S. 212).

Arndt umrahmt seine Ausführungen durch zwei kurze, der einführenden bzw. abschließenden Reflektion gewidmete Abschnitte. Was eingangs verheißen wird, dass nämlich das Buch von der „Verständigung über die Prozesse“ handle, wie „Denkart und Gesinnung“ von der Revolution erfasst und zur Reformation umgeprägt werden, das ist dann nach mehr als zweihundert anstrengenden Seiten (und 776 Anmerkungen) schließlich auf eine Weise eingelöst worden, die ihrerseits Fragen aufwirft. Die Marginalisierung des Theologen, der doch Schleiermacher nun einmal in erster Linie gewesen ist und als welcher er, wie Arndts Erörterungen selbst mindestens punktuell zeigen, auch im Kontext seiner philosophischen Argumentation denkt, muss Arndt hier entschieden vorgehalten werden.

Schleiermachers „Gedankenwelt“ war, wie schon in der Eingangsanekdote vom Autor selbst apostrophiert, eine „theologisch-philosophische“. Die von Arndt entfaltenen kritischen Erörterungen beziehen sich aber allesamt lediglich auf die ethisch-politische Theoriebildung. Sie sind insofern, so begründet dabei auch gerade die Mängelanzeigen sein mögen, Ausdruck einer schwerwiegenden konzeptionellen Verkürzung und können Schleiermacher deshalb am Ende nicht gerecht werden. Schleiermacher entwickelt seine Konstruktionen sämtlich aus einem religiösen Paradigma heraus, und das heißt bei ihm: aus dem Bezug auf das Allgemeine. Wenn er vom „Wirken“ des „Weltgeistes“ spricht – dem „freudig“ zuzuschauen „das Ziel unserer Reli-

gion“ sei (S. 126; KGA I/2, S. 224) – , wenn er, was von Arndt im Sinne einer Kardinalstelle immer wieder angeführt wird, als dem Inbegriff des Geschichtsverlaufs von der „Beseelung der menschlichen Natur durch die Vernunft“ spricht oder wenn er die Humanisierung des Naturverhältnisses unter Einschluss aller sozialen, auch der herrschaftspraktischen, das heißt politischen Verhältnisse als „höchstes Gut“ bezeichnet, dann steht dahinter nichts anderes als die Gottesidee. Sie, diese Idee, bildet auch bei der Rede vom universellen sittlichen Prozess und überhaupt bei dem allenthalben von Schleiermacher zur Geltung gebrachten Prozess-Gedanken, mit dem dann auch das in Arndts Sichtweise so vollkommen unzulängliche Modell des gesellschaftlichen und politischen Ausgleichs einhergeht, die elementare Konnotation.

Diese Situation muss, will man Schleiermacher gerecht werden, als solche gewürdigt werden. Das aber ist bei Arndt nicht einmal ansatzweise der Fall. Der Theologe, der anhand religiöser Kategorien die Wirklichkeit deutende Denker, kommt nicht zur Geltung. Die wenigen Stellen, an denen, blass genug, überhaupt etwas in diese Richtung aufscheint (S. 227) machen stattdessen deutlich, wie fremd dem verdienten Analytiker die religiös-theologische Fundierung von Schleiermachers Denken bleibt. Deshalb spielt sie auch bei der Interpretation und Würdigung keine Rolle. Ohne diese Fundierung aber – das muss klar ausgesprochen werden – lässt sich nun einmal weder die in den einzelnen Themenfeldern mit großer konzeptioneller Geschlossenheit anvisierte Zielsetzung noch auch, worum es Arndt in seinem Buch doch vorrangig geht, die spezifische Zeitgenossenschaft Schleiermachers auf den Begriff bringen.

Berlin

Matthias Wolfes



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net